

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

38. Jahrgang
Nr. 2 – 2015
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Weltfriedensrat in Istanbul	2
Mexiko: Kampf um indigene Rechte und Biodiversität	3
Buchbesprechung: Globales Chaos – machtlose UNO	4
Hans Erni: Maler und Dissident	5
US-Lobbyisten im Nationalrat	6
Vietnam: Sieg im Frühling	7
100 Jahre WILPF: Der Jubiläumskongress	8



Neigt die Vorherrschaft der USA dem Ende zu? (Foto resisttheiranny.com)

Gefahren einer untergehenden Weltmacht Vom Niedergang der USA

Die USA waren lange gewöhnt, rund um die Welt das Sagen zu haben, als eine Art globaler Polizist zu handeln. Diese Zeiten sind vorbei, meint der US-amerikanische Publizist und Ex-Geheimdienstler Graham E. Fuller. Der Versuch, sie zu verewigen, ist für ihn mit grosser Gefahr verbunden – darunter dem finanziellen Ruin des Landes.

Von Prof. Graham E. Fuller

Viel ist geschrieben worden über die Gefahren und Herausforderungen, die sich durch China als einer aufsteigenden globalen Macht ergeben. Tatsächlich sprechen Historiker von allgemeinen Spannungen zwischen aufsteigenden Mächten und bestehenden Mächten, die oft zu Krieg geführt haben.

Die Instabilität jedoch braucht mindestens zwei Spieler zu ihrer Entstehung: die aufsteigende Macht und den Widerstand der einst herrschenden Macht. Heute sind die Vereinigten Staaten von Amerika diese einst herrschende Macht, die sich jetzt in einem Zustand des relativen internationalen Abstiegs befindet. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika selbst und die internationale Ordnung einschliesslich der aufsteigenden Mächte diesen Übergang nicht zur Kenntnis nehmen und mit dieser Veränderung nicht mit Klugheit umgehen, dann steht eine gefährliche Konfrontation bevor.

Die Gründe für den globalen Niedergang der Vereinigten Staaten von Amerika sind gut bekannt und in vielen Statistiken ausreichend beschrieben. Sie werden allerdings in der Regel von grossen Bereichen der Bevölkerung der Vereinigten Sta-

ten von Amerika einschliesslich Washingtons nicht zur Kenntnis genommen. Hier möchte ich in erster Linie die aussenpolitischen Aspekte dieses Niedergangs und seine Auswirkungen behandeln.

Der Niedergang der Macht der Vereinigten Staaten von Amerika im Ausland kann nicht von vielen Fehlentwicklungen im eigenen Land getrennt werden: festgefahrene Regierungs-

Graham E. Fuller ist ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des National Intelligence Council der CIA. Er war zudem für den Think Tank «RAND» tätig. Derzeit ist er ausserordentlicher Professor für Geschichte an der Simon Fraser Universität. Er ist Autor zahlreicher Bücher über den Mittleren Osten, darunter *The Future of Political Islam* und *A World Without Islam*.

führung, aufgeblähte Militärbudgets mit ihren massiven Zusatzkosten, der Aufstieg des militärisch-industriellen Sicherheitsstaats und dessen massive Geldspritzen in den Kongress, ein verarmtes politisches Spektrum, das in der gemässigten rechten Mitte (Obama) beginnt und sich fortsetzt über

verschiedene Abstufungen der vorrückten Rechten. Links von der Mitte gibt es praktisch nichts – ja schon der Begriff «links» grenzt im amerikanischen politischen Lexikon ans Obszöne. Und wir haben die intellektuelle Isolation und Verzerrung inhärent in der Sichtweise Amerikas auf den Rest der Welt. Von Konzernen dominierte «Mainstream»-Medien schirmen die Bevölkerung von ungünstigen weltweiten Realitäten ab. Den Glauben, dass Amerika selbst die «Realität» repräsentiert. Die Sicherheitsstaatsmentalität, die Paranoia und Angst fördert. Die Überzeugung, dass das amerikanische Imperium zeitlos ist, sich auf einer ewigen Mission ohne Grenzen befindet, grundsätzlich gutartig ist und überhaupt das Gute verkörpert.

Der amerikanische Niedergang ist natürlich relativ. Er widerspiegelt den Aufstieg neuer Mächte – China, Indien, Brasilien und andere – die gemeinsam mit Russland imstande sind, die globale Wirtschaftsordnung umzugestalten mit Möglichkeiten, die einem Langzeitmonopol der Vereinigten Staaten von Amerika den Garaus gemacht haben. Washingtons Unfähigkeit, die vollen Auswirkungen dieses Wechsels zu verstehen, kommt deutlich zum Ausdruck in seinem spektakulären Irrtum, zu versuchen, die chinesisch/russisch finanzierte neue asiatische Entwicklungsbank (AIIB) zu torpedieren – sogar nachdem der grösste Teil des Rests der Welt versucht, sich daran zu beteiligen.

Fortsetzung Seite 2

Die Völker im Kampf für den Frieden Treffen in Istanbul

Vom 18. bis zum 21. Juni 2015 traf sich in der türkischen Metropole Istanbul das Sekretariat des Weltfriedensrates (WFR) mit Vertretern seiner europäischer Mitgliederorganisationen sowie Mitgliedern aus dem Mittleren Osten. An diesem Treffen – Gastgeber war die Peace Association of Turkey – nahmen Organisationen aus 18 verschiedenen Staaten teil, darunter mit der SFB aus der Schweiz.

Von Julia Hoppe
und Jonas Jäggi

Der Weltfriedensrat kam zusammen, um gemeinsam mit seinen Mitgliederorganisationen gegen Imperialismus und seine verheerenden Folgen für den Frieden einzutreten.

Als Gegner eines friedlichen Zusammenlebens wurde in den Diskussionsbeiträgen der Imperialismus in allen seinen möglichen Erscheinungsformen ausgemacht: politisch, ideologisch, militärisch und ökonomisch. Den Beiträgen der Organisationen liess sich entnehmen, dass verursacht durch die Krise des Kapitalismus, immer mehr Menschen unter den Folgen wie Armut leiden, wobei zeitgleich die Profiteure von Monopolisten und multinationalen Unternehmen wachsen. Es wurden alte und neue Vorwände dargestellt, um die Kontrolle über Energieressourcen oder geopolitisch strategisch wichtige Orte zu sichern, wie man beispielhaft an den Eingriffen der EU sowie den Vereinigten Staaten von Amerika im Ukraine-Konflikt im Wettbewerb mit Russland sehen kann. Die Kriege von heute sind eine Konsequenz dieser Art von Politik.

Regionale Schwerpunkte

Die vorgetragenen Themen bzw. regionalen Schwerpunkte, können beispielhaft wie folgt zusammengefasst werden:

Türkei: Nur zwei Wochen nach den Parlamentswahlen in der Türkei formt sich eine neue Regierung. Die islamisch-konservative AKP, welche seit 2002 bis heute an der Macht ist, muss-

te einen Verlust verzeichnen (41% der Stimmen), der sie die Mehrheit im Parlament kostete und die Möglichkeit alleine zu regieren. Die bisherige Regierung, die AKP, ist für Kriegsverbrechen, wie unter anderem in Syrien verantwortlich, dies zeigt ein 2012 erschienener Bericht der Peace Association of Turkey. Die Türkei hat eine geographische Schlüsselposition betreffend der Migrationsströme. Täglich sterben Menschen an den Grenzen, getrieben durch die imperialistische Politik und der aus dem Kapitalismus resultierenden Armut. Nicht nur Migranten, auch Terroristen, beispielsweise der ISIS, versuchen über die türkischen Grenzen den Zugang zu Europa zu erlangen. Die Türkei unterstützt die Dihadisten logistisch und mit Waffenlieferungen, um Syrien zu separieren. Des Weiteren hat die Türkei zahlreiche Truppen in verschiedenen Ländern stationiert und ist ein wichtiger NATO-Stützpunkt in der Region, mit Patriotraketen an der syrischen Grenze.

Mittlerer Osten und Nordafrika: Nach der Einführung der «Demokratie» in Libyen, durch einen gewaltsamen Regimewechsel, ist das eigentlich reiche Land durch Terror, Instabilität und Armut geprägt. Tunesien befindet sich trotz Wahlen unter dem Druck religiöser Gruppen. In Ägypten, fünf Jahre nach Beginn des arabischen Frühlings, ist das Land immer noch instabil und durchläuft schwierige politische Zeiten. Die Gewalt gegenüber dem eigenen Volk, in verschiedensten Formen besteht weiterhin und die Menschen leiden unter den Folgen des neuen Regimes. Das

Fortsetzung Seite 2



Die Tagungsleitung von Istanbul: v.l.n.r.: Iraklis Tsavdaridis (World Peace Council-Executive Secretary), Grigoris Anagnostou (Greek Committee for International Detente and Peace), Jo Apollo (Danish Peace Movement), Aqel Taqz (Palestine Committee for Peace and Solidarity), Bahman Azad (U.S. Peace Council). Foto UW



Karikatur: Carlos Latuff

Vom Niedergang der USA...

Fortsetzung von Seite 1

Die militärische Stärke der Vereinigten Staaten von Amerika im Bereich der konventionellen Kriegsführung ist natürlich unbestritten und wird es noch lange Zeit bleiben – infolge unserer massiven finanziellen Aufwendungen, die grösser sind als diejenigen der nächsten zehn Weltmächte zusammengenommen. Das Problem ist, dass die Kriege, die zählen – Irak, Afghanistan, Jemen, Somalia, sogar der Islamische Staat – keine konventionellen sind und dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie alle verlieren. Diplomatisch haben sie sich selbst isoliert und werden daher von einem grossen Teil der Welt ignoriert, wenn nicht mit Verachtung betrachtet, und ganz sicher in der muslimischen Welt, wo eine laufende diffuse Aufstandsbewegung vielleicht noch immer an Stärke gewinnt, zum Teil genährt von Irrtümern der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika in der Vergangenheit. Die meisten Staaten streben nach grösserer Souveränität und gehen in vielfacher Beziehung ihren eigenen Weg, ohne sich um die Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika zu kümmern.

Die Welt hat sich verändert

Die meisten Republikaner und kriegsgeilen Demokraten bekommen das nicht einmal mit: sie schreiben die Unfähigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika, mit diesen Herausforderungen fertig zu werden, bloss der Schwäche des Präsidenten zu. Wenn die militärische Stärke, die wir einsetzen, nicht ausreicht, dann setzt einfach grössere Stärke ein, und wir werden zurückkommen zu den guten alten Zeiten des unbestrittenen amerikanischen Imperiums. «Anhaltende globale Vorherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika» bleibt das unerschütterliche Motto. Aber wie gross ist der weltweit Anreiz, den dieses Mantra zu bieten hat? In einer 2014 von WIN/Gallup durchgeführten Umfrage in 64 Ländern wurden die Vereinigten Staaten von Amerika konkurrenzlos als die grösste Gefahr für den Weltfrieden wahrgenommen.

Die wirkliche Gefahr liegt jedoch genau in unserer Unfähigkeit, diese Veränderungen im weltweiten Rahmen zu sehen, von akzeptieren gar

nicht zu reden: Verlagerung von wirtschaftlicher Macht, selbstbewusstes Vorgehen neu entstehender Staaten, die Unmöglichkeit, den sich ständig neue erfindenden muslimischen Nationalismus niederzuschlagen, die Rückkehr einer multipolaren Welt und nationale Bestrebungen, die keinen Grossen Bruder wollen.

Amerika war lange gewöhnt, rund um die Welt das Sagen zu haben, als eine Art globaler Polizist zu handeln, das amerikanische Imperium zu beschützen, das wir aus unserer eingengten Sichtweise als ein absolutes globales Gutes verstehen. Diese Zeiten sind vorbei, und der Versuch, sie zu verewigen, ist mit grosser Gefahr verbunden – darunter der finanzielle Ruin des Landes.

In den Schuhen des andern gehen

Heute ist es besonders erstaunlich zu beobachten, wie Washington sich noch immer befugt fühlt, seinen geopolitischen Kampf verwegend bis direkt an die Türschwelle des «Feindes» zu tragen. Dass amerikanische Kriegsschiffe im «russischen See», also im Schwarzen Meer, bis an die Grenzen der russischen Hoheitsgewässer manövrieren, ist von Natur aus erstaunlich provokant. Gleiches gilt für die Militärpräsenz der Vereinigten Staaten von Amerika gerade vor den chinesischen Hoheitsgewässern. Können die Vereinigten Staaten von Amerika heute wirklich erwarten, das Chinesische Meer militärisch zu beherrschen? Sicher können wir in der Frage der Beziehungen unter Staaten in der Region eine Rolle spielen, aber nicht eine globale Mission betreiben, «um China im Zaum zu halten.»

Es kann nützlich sein, die Dinge aus der Perspektive der anderen Seite zu betrachten: was würde Washington empfinden, wenn russische oder chinesische Kriegsschiffe routinemässig gerade vor den Hoheitsgewässern der Vereinigten Staaten von Amerika kreuzen und unsere elektronischen Verteidigungseinrichtungen testen, und Militärstützpunkte in Mexiko, Kuba oder Venezuela errichten würden? Washington würde vor Wut über solche aggressiven Aktionen lauthals schreien. Ist es nicht möglich, dass Russland oder China ihre eigenen Monroe-Doktrinen haben könnten?

Unter anderen Mächten machen Russland und China eine historische Neuordnung ihrer Einflussphären durch, die in der Tat andere Staaten in der Region beeinflusst. Ihre Aktionen sind kaum altruistisch – wenn auch wir uns selbst davon überzeugt zu haben scheinen, dass unsere Absichten das sind. Aber provokante Aktivitäten der Vereinigten Staaten von Amerika an den Grenzen anderer schaffen eine Landkarte, auf der jede Situation zu einem gefährlichen Nullsummenspiel wird.

Dem Wesen nach ist das der Übergang weg von einem «unipolaren Zustand» – nach dem Fall der Sowjetunion, als wir zur einzigen Supermacht der Welt wurden – zu einer zunehmend multipolaren Welt. Viele in Washington scheinen diese Änderung noch nicht mitbekommen zu haben, obwohl Präsident Obama das teilweise begriffen zu haben scheint, was man ihm zugute halten muss.

Wir gehen daher in eine sehr gefährliche Periode. Amerika glaubt, dass es noch immer das Recht hat, als einzige globale Supermacht zu handeln, die sich über jegliche Realität hinwegsetzen kann, indem es sich an den Schwellen Russlands und Chinas gross aufspielt – und sogar unsere Alliierten beunruhigt, die solche Aktionen nicht unterstützen.

In der Tat gibt es viele kleine Mächte, die an der Schwelle dieser Weltmächte leben – die Ukraine, die baltischen Staaten, Georgien, Vietnam und Taiwan – die sich in nächster Nähe zu einer benachbarten Grossmacht verständlicherweise unbehaglich fühlen. Diese versuchen ständig, uns dazu zu verlocken, ihnen vollen Schutz anzubieten. Wir sollten uns nicht als Trottel für dieses militärische Spiel ergeben, sogar wenn wir als bedeutende Weltmacht eine starke nichtmilitärische Präsenz aufrecht erhalten.

Können wir diesen Übergang zu einer multipolaren Welt selbst bewältigen, oder werden wir versuchen, weiterhin die Rolle der einzigen Supermacht zu spielen – von der jede Angelegenheit wo auch immer zum «vitalen nationalen Interesse» erklärt werden kann? Und wieviel wird der Rest der Welt von diesem unserem alten Paradigma tolerieren, ehe sie entscheiden, dass sie das nicht haben wollen und entsprechend handeln?

Das ist die Gefahr, die von einer untergehenden Macht ausgeht. Eine neue Verteilung der Macht und der Verantwortlichkeiten auf der Welt steht bevor, aber wird der Übergang sicher sein? Haben wir die nötige Fantasie?

(Quelle: antikriegs.com)

WFR-Tagung in Istanbul...

Fortsetzung von Seite 1

Volk steht weiterhin für einen Wechsel zu einem sozialen, gerechten und demokratischen Leben ein.

Nach der Teilung des Sudans, leidet das Land immer noch stark unter den Folgen des Bürgerkriegs, vor allem der Armut; in beiden Teilen des Landes. Das islamische Regime verfolgt dieselbe zerstörerische Politik, die das Land bereits zuvor in eine Katastrophe geführt hat. Die letzten Demonstrationen in Khartoum zeigen, dass der Widerstand der sudanesischen Bevölkerung nicht gebrochen ist.

Die Situation in Palästina ist nach wie vor hoch brisant und aktuell. Knapp ein Jahr nach den gescheiterten Friedensverhandlungen und dem Gaza-Krieg Israels wird die Situation zusätzlich durch die Einmischung der USA und anderer Alliierten im sogenannten Kampf gegen den Terror verkompliziert. Grund für die anhaltende Instabilität in der Region, ist die israelische Besetzung des Gebiets. Ohne das Problem Palästinas zu lösen, wird der Mittlere Osten auch in Zukunft ein Krisenherd bleiben. Für eine Lösung des Konflikts auf der Basis eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967, setzt sich der Weltfriedensrat weiterhin ein.

Europa: In den Ländern Europas hält die Bedrohung durch steigende Militarisierung, Nazi-Faschismus und die Politik der europäischen Union an. Dies erfahren vor allem Staaten wie Portugal, Spanien, Griechenland und Zypern sowie weitere Staaten in Zentral- und Osteuropa. Auch hundert Jahre nach Beginn des ersten Weltkriegs, 75 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkriegs und 70 Jahre nach dem Sieg gegen den Nazi-Faschismus, sind die Hürden für ein friedliches Zusammenleben nicht überwunden. Die stärker werdende NATO stellt eine weltweite Gefahr für den Frieden dar und muss mit aller Kraft bekämpft werden. Hierfür hat der WFR verschiedene Aktionen und Kampagnen geplant bzw. bereits durchgeführt.

Die europäischen Mitgliederorganisationen erklären sich solidarisch mit Venezuela und den progressiven Kräften in Lateinamerika. Auch die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent, z.B. in Marokko und damit verbunden in der West-Sahara sind mit Sorge zu betrachten. Noch immer werden Aktivisten aus der West-Sahara in marokkanischen Gefängnissen gefangen gehalten. Die EU scheint eine neokoloniale Politik in Afrika zu verfolgen, diese Vermutung wird durch den Eingriff Frankreichs in Mali und der Zentralafrikanischen Republik bestätigt.

Nepal: Delegierte aus Nepal berichteten über die aktuelle Situation in der Krisenregion, die im April 2015 durch ein starkes Erdbeben in Mitleidenschaft gezogen wurde. Über 10 000 Leute verloren ihr Leben, noch mehr Menschen wurden verletzt und haben nun mit den Auswirkungen des Erdbebens zu kämpfen. Komplett oder teilweise zerstörte Gebäude, fehlende Infrastruktur, humanitäre Konsequenzen um nur einige zu nennen. Die Situation erweckte weltweit die Solidarität und Aufmerksamkeit der Friedensliebenden Menschen, so dass auch von zahlreichen WFR Mitgliederorganisationen im südasatischen Raum bereits konkrete Hilfe geleistet werden konnte. Zusätzlich muss jedoch auch Druck auf die Regierungen ausgeübt werden, um den betroffenen Menschen entsprechend humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Gemeinsamer Aktionstag?

Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) hat in diesem Rahmen auch über ihre Arbeit informiert. Angesichts der medialen Problema-

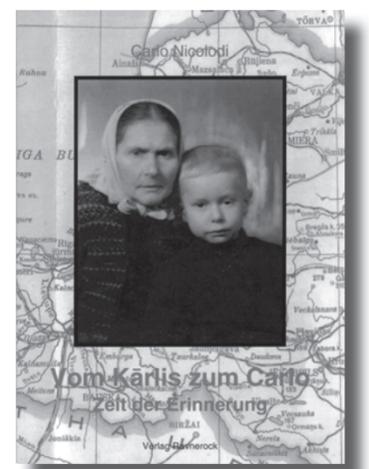
tik, die auch von anderen Konferenzteilnehmern angesprochen wurde, haben wir uns darauf konzentriert über die Zeitung «Unsere Welt» eine andere Sichtweise zu vermitteln. Die Arbeit der Friedensbewegung in der Schweiz wurde anhand des Beispiels der letztjährigen Grippenabstimmung dargestellt. Des Weiteren wurden die TeilnehmerInnen herzlich zu unserer Veranstaltung zum Weltfriedenstag am 19. September 2015 in Basel eingeladen und über die bald neu aufgestellte Homepage informiert.

Allgemein scheint es bei allen Organisationen ein Mobilisierungsproblem zu geben. Es wird auf verschiedenen Ebenen versucht, Netzwerke zu nutzen und ggf. auch eine Zusammenarbeit mit politischen Parteien aufzubauen. Es wurde die Idee vorgebracht, eine globale Unterschriften-Kampagne zur Auflösung der NATO zu lancieren – man erinnere sich an den Erfolg des Stockholmer Appells gegen Atomwaffen vor 65 Jahren. Die SFB hat angeregt, den Weltfriedenstag der UNO (21. September) als gemeinsamen Aktionstag des WFR und seiner Mitglieder zu bestimmen.

Die Arbeit des WFR

Das Sekretariat des Weltfriedensrates berichtete über seine Arbeit der letzten Jahre und fordert dazu auf, die politische Situation sowie die Machtverhältnisse kritisch im Auge zu behalten. Im März 2014 nahm das Sekretariat des WFR an der internationalen Konferenz «World Peace versus Global Imperialism and Interventionism», ausgerichtet vom Belgrade Forum for a World of Equals teil, die aufgrund des 15. Jahrestages der NATO Bombardements in Jugoslawien gehalten wurde (die SFB war ebenfalls vertreten). Zum 75. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkriegs und der Übernahme Prags durch die Nazis, nahmen Mitglieder des Sekretariats an einer Gedenkveranstaltung teil. Die Beteiligung an einer Beobachtungsmission der Wahlen in Syrien war eine wichtige und notwendige Aufgabe, in einem Land, das von Terrorismus und Bürgerkrieg geprägt ist. Der Weltfriedensrat nahm an weiteren verschiedenen Aktivitäten und Konferenzen weltweit teil. Im November 2014 fand ein Executive Committee Meeting in Goa, Indien statt (wir berichteten, s.h. UW 01/2015). Vor der Generalversammlung des Weltfriedensrats im Jahr 2016 wird es voraussichtlich kein weiteres Regional Meeting mehr geben.

Detailliertere Informationen können in den kommenden Wochen unserer Internetseite entnommen werden.



Wir empfehlen zur Lektüre:

Vom Karlis zum Carlo

Erinnerungen unseres Friedensfreundes Carlo Nicolodi an seine Ursprünge und seine Kindheit im kriegsgeplagten Europa, am äusseren Rand der Ostfront. Verlag Ravnerock, Otterup 2015, 92 Seiten, Fr. 15.–. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89, buecher-waser@bluewin.ch

Anlass zum Internationalen Tag des Friedens
«Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch»
 Samstag 19. September 2015
 18.00 Uhr
 Volkshaus Basel



Patricia, eine junge Zoque-Frau. Die Zoque sind direkte Abkömmlinge der Olmeken aus dieser Region, Mutterkultur in Mesoamerika aus dem ersten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung.

Mexiko: Kampf um indigene Rechte und Biodiversität gegen grüne Wüsten Gaben für alle bewahren

Am vergangenen 2. Juni berichtete Miguel Ángel García Aguirre, Direktor der Organisation Maderas del Pueblo del Sureste, an einer Veranstaltung von ALBA Basel vom Kampf des indigenen Volkes der Chimalapas-Zoque in Oaxaca, die seit Jahrhunderten ihr Territorium und die reichen natürlichen Ressourcen verteidigen. Holzraubbau, Viehzucht, Monokulturen und organisiertes Verbrechen bedrohen in grossem Stil deren Lebensgrundlagen und die Umwelt wie noch nie. Mit seiner Präsentation schilderte Miguel Ángel eindrücklich die Situation und die Dringlichkeit für Unterstützung dieses Kampfes. Für die UW fasst er hier die Situation in seiner Heimat zusammen. Die Übersetzung seines Textes besorgte Susanna Sutter.

Von Miguel Ángel García Aguirre

Die Region der Chimalapas, gelegen in der Landenge «Istmo de Tehuantepec», ein grosses Territorium von fast 600 000 Hektaren und im althergebrachten verbrieften Besitz des indigenen Volks der Zoque, hat grosse ökologische Bedeutung. Wegen ihrer speziellen geografischen Lage und aussergewöhnlichen Topografie existieren in den Chimalapas nebeneinander natürliche Ökosysteme von grösster Mannigfaltigkeit; so ist es die Region mit der grössten und am besten erhaltenen Biodiversität in Mexiko und Mesoamerika, bedeutender sogar als die Selva Lacandona in Chiapas.

Die Erhaltung dieses riesigen Territoriums, mit seinem grossen und unschätzbaren ökologischen Reichtum, ist dem respektvollen Umgang zu beidseitigem Nutzen zu verdanken, den seine indigene Bevölkerung seit historischer Zeit damit pflegt: die Chimalapas-Zoque, Abkömmlinge der Mutterkultur der Olmeken, bewohnen seit 2000 Jahren die Region mit der Weltanschauung, die im Gliedstaat Oaxaca als Gemeinschaftlichkeit (das Gute Leben) verstanden wird, und mit der sie eine Beziehung des Austausches mit der Mutter Erde leben und nicht mit ihrer Ausbeutung. So verstehen sie die Natur als Schöpferin einer grossen Mannigfaltigkeit von Gaben, die für sie gemeinschaftliche Gaben, Gaben für alle, sind und bleiben müssen.

Doch seit 60 Jahren überfallen Holzschläger und Viehzüchter vom

östlich gelegenen Nachbargliedstaates Chiapas herkommend ungestraft dieses reichhaltige gemeinschaftliche Territorium und beuten es aus. Die Regierung von Chiapas fördert diese Invasionen und hat den Konflikt nun noch verschärft, ohne dass die Bundesregierung oder die Regierung von Oaxaca etwas unternommen hätten, sie zurückzuhalten.



Kinder aus den Chimalapas neben antikem Fundexemplar aus der Olmeken-Kultur (1. Jt. vor unserer Zeitrechnung). Es werden noch zahlreiche vergrabene Schätze vermutet, die die Zoque bewahren und nicht ausgebeutet haben wollen.

Gleichzeitig mehren sich in der Region die Bedrohungen durch multinationale ausbeuterische Projekte wie dem trans-isthmischen Korridor, den Minenkonzessionen und Staudambauten, wie auch durch sogenannte naturerhalterische Projekte, die in Wahrheit die Vermarktung und Privatisierung der Natur anstreben.

Aus diesen Gründen haben die Chimalapas-Zoque aus eigener Mo-

tivation und Initiative einen mutigen, gewaltfreien und beispielhaften Kampf zur Verteidigung ihrer Rechte auf ihr Land, ihr Territorium, und zum Schutz, zur Bewahrung und zum respektvollen Umgang mit ihren natürlichen Ressourcen begonnen. Das heisst zur Verteidigung von Mutter Erde.

Mit diesem beispielhaften Kampf verteidigen sie das Wohl unseres ganzen Planeten und werden es weiter verteidigen.

Heute ist es dringend nötig, Unterstützung zu finden, sowohl von Stiftungen, wie auch praktische Unterstützung durch Volontäre und von EinzelspenderInnen (sei es finanziell oder konkret mit informations- und audiovisuellen technischen Geräten), um diesen mutigen und gewaltfreien

Kampf auf drei Ebenen unterstützen und dazu beizutragen zu können, dass er seine Ziele erreicht:

- autonome juristische Unterstützung (ehrlche AnwältInnen);
- gewaltfreie gesellschaftliche Organisation und Mobilisierung;
- Information und deren systematische und effiziente Verbreitung (intern, zwischen allen Gemeinden, und extern für die nationale und internationale öffentliche Meinung)

Weitere Infos: www.maderasdelpueblo.org.mx; www.salvalaselva.org/mailalert/990/la-selva-de-los-chimalapas-se-defiende. Kontakt: contacto@maderasdelpueblo.org.mx

Credit Suisse und Kuba

Nachhinkender Gehorsam

Seit dem 17. Dezember 2014 gibt es öffentlich gemachte deutliche Bewegungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba. Die ganze Welt hat davon Notiz genommen, dass die USA ihren unsäglichen Wirtschafts-, Handels- und Finanzboykott gegen Kuba aus den 60er Jahren aufzuheben gedenken und das Land, welches während Jahrzehnten unter terroristischen Aktionen zu leiden hatte, gnädigerweise von der Liste jener Länder streichen werde, die den Terrorismus unterstützen.

Von Martin Schwander

Dass Boykott und Terroristenliste normale Bankenbeziehungen zwischen Kuba und der Welt über ein halbes Jahrhundert hinweg verunmöglicht oder zumindest erschwert haben, ist ein trauriges Zeugnis von der Arroganz der USA, die auch für ihre Gesetze Weltherrschaft beanspruchen. Dass dadurch aber sogar rein innerschweizerische Finanzbeziehungen beeinträchtigt sind, wusste man seit der Weigerung der Zürcher Kantonalbank, Zahlungsverkehr zwischen schweizerischen Geldinstituten auszuführen, in welchem das Wort Kuba vorkommt.

So war es nichts Neues unter der Sonne und trotzdem sehr ärgerlich für die Credit-Suisse-Kundin Kathrin S., als sie im Juni 2014 der Schweizerischen Friedensbewegung eine Spende von Fr. 50.– für den «Solidaritätsfonds Kuba» überweisen wollte und sie von ihrer Bank statt einer Bestätigung einen seltsamen Telefonanruf erhielt: «Man wollte wissen, welche Beweggründe ich denn hätte, diesen Betrag anzuordnen. Etwas überrumpelt über dieses Ansinnen, habe ich meine Beweggründe dargelegt», schreibt uns Kathrin. Sie sei dann gefragt worden, ob ihre Aussagen an die «zuständige Untersuchungskommission» weitergeleitet werden dürften.

«Ich bin absolut sprachlos über diese Methoden», meinte die langjährige Kundin der CS. Am 4. Juli 2014 wurde ihr dann schriftlich bestätigt, dass die Zahlung nicht ausgeführt wird. «Wir bitten Sie», schreiben Herr Ebel

und Frau Blatter von der Credit Suisse AG, «die Zahlung kein weiteres Mal bei CREDIT SUISSE in Auftrag zu geben.» Wird sie auch nicht: Sie hat inzwischen ihr Konto zu einer andern Bank gezügelt...

Nun kann man denken, naja, Schande über Credit Suisse, aber der Arm der USA ist halt lang. Hingegen waren gewisse (nicht alle) Banken unseres Landes für ihre Willfährigkeit gegenüber der Supermacht bisher ebenso bekannt wie für ihren Opportunismus. Also hätte man eigentlich auch denken können, dass sie die Fahne nach dem 17. Dezember unverzüglich in den Wind stellen würden. Oder doch spätestens nach dem Beschluss Obamas, Kuba von der Liste der Terror-Staaten zu entfernen.

Bald putzen sie wieder die Klinken

Denkste! Anfangs Mai 2015, als der Beschluss von Obama längst feststand, gedachte ein weiterer CS-Kunde etwas Gutes zu tun: «Ich habe der Friedensbewegung mit dem Vermerk «Kuba» 100 Fr. überweisen wollen. Nun habe ich von der CS einen Brief erhalten in dem sie mir schreiben, die Bank halte sämtliche für sie relevante Sanktionsregimes ein und könne deshalb diese Zahlung nicht vornehmen.»...

Irgendwann in allernächster Zukunft werden diverse schweizerische Geldinstitute in Kuba wieder Klinken putzen. Es ist zu hoffen, dass die massgeblichen Stellen der stolzen Insel dann zumal genau hinschauen, wer sich wann wie verhalten hat.

CELAC-EU: Parallelveranstaltung in Brüssel

Gipfel der Völker

In Brüssel trafen sich Mitte Juni die EU und die Lateinamerikanische Staatengemeinschaft CELAC. Politische Impulse gibt es aber vor allem beim parallelen «Gipfel der Völker», an welchem Hunderte Vertreter sozialer Bewegungen, linker Parteien und von Solidaritätsinitiativen aus Lateinamerika und Europa teilnahmen. Aus der Schweiz war eine Delegation von Alba Suiza und der Vereinigung Schweiz-Cuba angereist.

Am ersten Veranstaltungstag diskutierten Delegierte der verschiedenen Organisationen über eine Vertiefung der internationalen Kooperation und über Möglichkeiten alternativer Medienprojekte. Solche würden dringend gebraucht, um Gegenöffentlichkeit zu schaffen und über die Arbeit der sozialen Bewegungen und linken Parteien zu informieren.

Parallel dazu kamen Intellektuelle und Abgeordnete linker Parteien beider Kontinente zusammen, um im Plenum die aktuelle Situation und politische Strategien zu erörtern. Der Interventionismus der imperialistischen Mächte USA und EU wurden ebenso analysiert wie das Problem eurozentristischer Sichtweisen. Es soll wechselseitig Solidarität geübt werden mit Ländern wie Kuba und Venezuela ebenso wie mit Europas jungen Arbeitslosen, den Armutsrentnern und den dahin Flüchtenden. Als Zeichen der Hoffnung für ganz Europa wurde Griechenlands Ausbruch aus der neoliberalen Phalanx begrüsst.

Am Donnerstag setzten die anwesenden Intellektuellen aus Lateinamerika und Europa die Diskussionen mit

den Teilnehmern in Workshops fort, unter anderem zu den Themen Freihandelsabkommen, Interventionsgefahr und Sanktionen gegen fortschrittliche Länder, Umweltschutz und Menschenrechte. Bei dem Runden Tisch zur lateinamerikanischen Integration zeigten die Referenten die historischen Wurzeln des Zusammenwachsens der Region auf. Bereits die revolutionären Vordenker der heutigen Entwicklung, José Martí und Simón Bolívar, hätten in der Einheit die einzige Möglichkeit gesehen, gegen den «Koloss im Norden» anzukommen. Aleida Guevara, Tochter des «Che», bezeichnete den «Aufbau der Grossen Heimat» als «einzige Rettung» für Lateinamerika. «Wir sind auf dem Weg zur ideologischen Hegemonie auf dem Kontinent», sagte der in Belgien lebende Chilene Francisco Dominguez. Der «Washington-Konsens», die Doktrin zur Durchsetzung neoliberaler Politik auf dem Kontinent, habe sich in einen Konsens ohne Washington verwandelt. Doch jetzt gelte es nicht nur weiterzukämpfen, sondern das Erreichte zu verteidigen. (Quelle: jungeWelt)



Ist die Weltorganisation überflüssig geworden?

Globales Chaos – machtlose UNO

Andreas Zumach, der bekannte UNO-Spezialist, der seit 1988 von Genf aus dem Innern der Weltorganisation berichtet, konnte sein neuestes Buch «Globales Chaos – machtlose UNO» bereits mehrfach vorstellen, in Medien wie der «Friedenszeitung» und auf verschiedenen Veranstaltungen. Toni Mächtlinger verzichtet daher auf eine ausführliche Rezension, und wendet sich lieber einem einzigen, hoch aktuellen Thema zu: Ukraine – Einmischung der UNO nicht erwünscht, doch dringend notwendig.

Von Antoinette Mächtlinger

Der obige Titel dieses Kapitels erfasst die ganze Problematik. Zumach findet, dass sich ab November 2013 Regierungspolitiker aus EU- und NATO-Staaten «in zumindest sehr fragwürdiger Weise» in den innerukrainischen Konflikt eingemischt hätten. Einen weiteren Eskalationsschritt sieht er in der Verkündung der ukrainischen Übergangsregierung, sie wolle Russisch als zweite Amtssprache abschaffen und das bis 2042 mit Moskau vereinbarte Abkommen über den Marinestützpunkt auf der Krim bereits 2017 auslaufen lassen. Die darauf folgende Annexion der Krim durch Russland war völkerrechtswidrig und geschah unter Androhung und Einsatz von militärischen Gewaltmitteln. «Es wäre der klassische Fall für ein Eingreifen der UNO», sagt der Autor. Und weiter: «Würde sich ein ähnliches Konfliktszenario in Afrika oder Asien abspielen, hätte die Weltorganisation längst eingegriffen.» Aber UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon machte im Frühjahr 2014 nicht von seinem Recht Gebrauch, den Ukraine-Konflikt dem Sicherheitsrat oder der Generalversammlung vorzulegen. Vielmehr übertrug er die Aufgabe der Konfliktbeilegung an die gesamteuropäische Regionalorganisation OSZE.

Warum ist die UNO nicht erwünscht? «Es gehört zu den schlechten Traditionen der Weltorganisation aus der Zeit des Kalten Krieges, dass sie sich aus Konflikten heraushält, an denen eine oder mehrere der fünf Vetomächte direkt beteiligt sind.» Als Beispiel nennt Zumach u.a. den Vietnamkrieg. Einzige Ausnahme war die Resolution der Generalversammlung (nicht aber des Sicherheitsrats) zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979. Im aktuellen Ukraine-Konflikt hätte im Sicherheitsrat Russland jede Resolution zur Krim-Annexion durch ein Veto blockiert, wie auch von den westlichen Veto-Mächten eine Resolution zu ihrer Einmischung in die Souveränität der Ukraine verhindert worden wäre. Eine interessante Frage: Hätte Russland der UNO die Durchführung eines Referendums unter der Krim-Bevölkerung vorschlagen können? «Die Abtrennung (Sezession) der Teilregion eines Nationalstaats durch Mehrheitswillen der in dieser Teilregion lebenden Bevölkerung ist zwar durch die UNO-Char-

ta nicht geregelt. Damit ist sie aber auch nicht völkerrechtlich verboten», erklärt der Autor. Klar sei nur, dass das Verfahren mit der Zentralregierung des betreffenden Landes vereinbart werden müsse.

UNO, NATO, OSZE

Ein immer wiederkehrendes Thema, das der Autor in einem späteren Kapitel mit vielen Beispielen und Zahlen belegt, ist die mangelnde Bereitschaft der UNO-Mitglieder, ihren Beitragsverpflichtungen nachzukommen. Die Mitglieder von NATO und EU sind nicht bereit, der UNO die dringend benötigten Ressourcen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Ländern ausserhalb Europas zur Verfügung zu stellen, in denen sie keine eigenen Interessen haben. Zumach nennt dies einen «Erpressungszustand». Er sieht darin auch den Grund dafür, dass Ban Ki-moon am 23. September 2008 ein weitgehendes Kooperationsabkommen mit der NATO abschloss, «unter Überschreitung seiner in der UNO-Charta definierten Kompetenzen und unter Umgehung des Sicherheitsrats». Eine inoffizielle Übersetzung des unveröffentlichten Dokuments findet sich auf Seite 50. Den Anfang der Schwächung von UNO und OSZE sieht Zumach in der NATO-Osterweiterung, und vor allem im Luftkrieg der NATO gegen Serbien/Montenegro 1999, der gegen die UNO-Charta, aber auch gegen alle Normen und Vereinbarungen der KSZE/OSZE versties. Ein weiteres Problem hat die OSZE sich mit der Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Kosovos geschaffen. Ein gefährlicher Präzedenzfall, der einen Vorwand liefert sowohl für Abspaltungstendenzen der ostbosnischen Republika Srpska, wie auch für das Eingreifen Russlands in Georgien und auf der Krim. Die Reaktion der russischen Bevölkerung auf die Annexion der Krim erklärt Zumach wie folgt: «Die grosse Zustimmung in der russischen Bevölkerung – und gerade auch Gorbatschows – zur Annexion der Krim ist nur verständlich vor dem Hintergrund der Enttäuschungserfahrungen Russlands mit dem Westen seit 1989.»

Das Engagement der OSZE im Ukraine-Konflikt ist im Ergebnis «dürftig». Hauptgrund dafür seien auch hier «die schon seit vielen Jahren unzureichenden finanziellen, personellen und logistischen (...) Ressourcen, die die 57 Teilnehmerstaaten für die



Andreas Zumach, *Globales Chaos – machtlose UNO. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden?* 1. Auflage März 2015, 264 S., Klappenbroschur, ISBN 9783858696441. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89; buecher-waser@bluewin.ch

Arbeit der OSZE zur Verfügung stellen.» Einen weiteren Grund für die Blockierung der OSZE sieht Zumach im Umstand, dass ihre Hauptakteure Russland, die EU-Staaten und die USA, selbst zu den Konfliktparteien gehören. Er beschreibt ausführlich das Vorgehen und die Unzulänglichkeiten der OSZE (auch des Verantwortlichen Didier Burkhalter), und kommt zum Schluss, dass einzelne UNO-Mitgliedstaaten die Initiative ergreifen müssten, was im letzten Teil dieser Besprechung ausgeführt wird.

Notwendige Deeskalationsschritte

In drei Kapiteln schlägt der Autor Fehlerkorrekturen vor: für die NATO, für Russland und für beide Seiten.

Die NATO müsste ihren Beschluss von 2008 aufheben und klarstellen, dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, Georgiens und Moldawiens nicht geplant ist. Weiter wären die Sanktionen der Weststaaten gegen Russland aufzuheben. Die EU müsste auch die «Lissabon-Strategie» von 2001 korrigieren, welche sie durch Assoziierung von Staaten wie der Türkei und der Ukraine zu einem der stärksten Global Players machen sollten. Des weitern müssten die westlichen Staaten die Regierung in Kiew zu der verbindlichen Zusicherung an Moskau bewegen, dass die Vereinbarung über den Marinestützpunkt auf der Krim bis 2042 Bestand hat. Die Auszahlung der versprochenen Kredite von 27 Milliarden Dollar an Kiew sollte abhängig gemacht werden von Reformen wie einer Verfassungsgarantie für sprachliche und Minderheitenrechte und eine Dezentralisierung mit mehr Kompetenzen für die Provinzen.

Russland müsste eine Garantierklärung für die Unverletzlichkeit der Grenzen abgeben und jegliche Unterstützung der Aufständischen in der Ostukraine nachprüfbar einstellen. Es müsste die Annexion der Ukraine für hinfällig erklären und einem von der UNO durchgeführten Referendum zustimmen, das als dritte Option einen Verbleib in der Ukraine mit einem weit gehenden Autonomiestatus enthalten würde. Moskau müsste ferner eine Garantie für Gaslieferungen und Rücknahme der Preiserhöhung abgeben.

Beide Seiten müssten ihre militärischen Manöver entlang ihrer Aussengrenzen einstellen und ihre Truppen aus den Grenzgebieten zurückziehen, die NATO müsste die Pläne für schnelle Eingreiftruppen rückgängig machen. Das fordert An-

dreas Zumach, um dann aber festzustellen, dass die betroffenen Staaten offensichtlich allein nicht in der Lage zu solchen Schritten sind. Ihre mangelnde Bereitschaft erklärt er mit der Angst vor «Gesichtsverlust».

Gibt es eine Lösung der Ukraine-, der UNO-Krise?

Für die Krise in der Ukraine wie auch für die UNO-Erneuerung sieht der Autor einen möglichen Lösungsansatz in einer «strategischen Koalition williger Multilateralisten». Für die Ukraine schlägt er vor, dass eine Gruppe von nicht in den Konflikt involvierten UNO-Mitgliedstaaten ein Paket mit konkreten Vorschlägen zur Deeskalation vorlegen könnte. Zu der Gruppe könnten die BRICS-Staaten gehören, sowie Australien, Argentinien, Mexiko, Indonesien, Südkorea und natürlich die Schweiz. Die Koalition der Multilateralisten für die UNO-Erneuerung (etwa Kanada, Mexiko, Brasilien, Indien, Südafrika, Ägypten, Australien) müsste bereit sein, ihre Vorschläge auch gegen den ausdrücklichen Willen der einflussreichen Nationen durchzusetzen. Das klingt reichlich utopisch, der Autor jedoch zählt mehrere Vereinbarungen auf, die auf diese Weise zustan-

de gekommen sind: Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs, Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, Konventionen zum Verbot von Antipersonenminen und Streumunition und zur Kontrolle des konventionellen Waffenhandels. Ein Hoffnungs-schimmer?

Kommentar der Rezensentin

Es fällt auf, dass unter dem Titel «Notwendige Deeskalationsschritte» nur von NATO und Russland die Rede ist, nicht aber vom Hauptakteur Ukraine. Diese figuriert ausschliesslich als passives Wesen, das beraten und gelenkt werden soll. So wird etwa von Russland eine Garantie von Gaslieferungen gefordert, nicht aber von der Ukraine die Rückzahlung ihrerer Schulden. Ein Fragezeichen setzt die Rezensentin auch hinter Zumachs Aussage, NATO und Russland hätten Angst vor Gesichtsverlust, geht es doch eher um Angst vor Verlust von Einflussphären.

Dass die Leserin zu solchen Fragen angeregt wird, zeugt davon, wie packend die Lektüre dieses Buches ist. Es sei allen, die sich um den Fortbestand der Völkergemeinschaft Sorgen machen, wärmstens empfohlen.

Aufholen ohne einzuholen:

Putin-Atomalarm

Neue Provokation aus den USA: Washington will schwere Waffen in die Nachbarstaaten Russlands verlegen und lässt die NATO immer mehr Militärmanöver starten. Moskau antwortet mit der Anschaffung neuer Interkontinentalraketen – und ist wieder einmal der Buhmann, der an der Rüstungsspirale dreht.

Von Rüdiger Göbel

Gemäss «New York Times» werden die USA demnächst möglicherweise schwere Waffen für bis zu 5 000 amerikanischen Soldaten in Osteuropa lagern. Dazu zählen Kampfpanzer und Infanterie-Kampffahrzeuge. Segnen Verteidigungsminister Ashton Carter und US-Präsident Barack Obama diese Pläne ab, wird das Kriegsgerät auf Stützpunkten in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie in Polen, Rumänien und Bulgarien deponiert. Auch Ungarn sei im Gespräch, so die US-Zeitung.

Wie die «New York Times» betont, wäre es das erste Mal seit Ende des Kalten Krieges, dass die US-Armee schweres Kriegsgerät in NATO-Mitgliedsstaaten stationiert, die früher zum Warschauer Vertrag gehörten.

Die deutsche Nachrichtenagentur dpa verklärt das Aufrüstungsvorhaben im Osten wie folgt: «Die russische Aggression auf der Krim und in der Ostukraine zwingt die NATO zu neuen Überlegungen. Dazu gehören Schritte, die bisher vermieden wurden, um Moskau nicht zu provozieren.»

Russland lässt die US-Provokation nicht unbeantwortet. Die geplante Aufrüstung an der Grenze sei die aggressivste Massnahme der USA und der NATO seit Ende des Kalten Krieges, heisst es in Moskau. «Russland wird nichts anderes übrig bleiben als seine Truppen und Streitkräfte an der westlichen Flanke zu verstärken», erklärt General Jakobow, Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Philip M. Breedlove, berichtigt für seine antirussische Scharfmacherei im westlichen Militärpakt, erklärt seinerseits die Moskauer Reaktion auf Washingtons Provokation zum Problem: Europa befinde sich in einer «neuen und veränderten und schwierigen» Sicherheitslage. Russland versuche, die Regeln und Grundsätze im Osten zu ändern, die jahrzehntelang das Fundament der europäischen Sicherheit gewesen seien, behauptet Breedlove beim Truppenbesuch in Litauen – of-

fensichtlich hat er «vergessen», dass dieses Land jahrzehntelang nicht Mitglied der NATO war.

Die russische Armee, sei immer stärker und moderner geworden, die NATO müsse deshalb ihre Fähigkeit zur Abschreckung zeigen.

Doch nicht Breedloves Aufrüstungsschritt an die Europäer sorgt für Schlagzeilen, sondern die Reaktion Russlands auf derlei Vorhaben. Präsident Wladimir Putin hat bei der Eröffnung einer Militärmesse die Antwort auf die US-Raketenabwehrpläne angekündigt. Bis zum Jahresende sollen mehr als 40 neue Interkontinentalraketen angeschafft werden. Die können auch mit Atomsprenköpfen bestückt werden. Vor allem aber sind die Raketen fähig, «alle, selbst die technisch am weitesten entwickelten Luftabwehrsysteme zu durchbrechen».

«Neuer Putin-Hammer! Russland baut sein Atomwaffenarsenal aus», schlagzeilt etwa das auflagenstarke Boulevardblatt «Bild». Ins gleiche Horn bläst der Spiegel: «Putin stockt sein Atomwaffenarsenal auf.»

Gemäss SIPRI hat Russland die Zahl seiner Nuklearwaffen im Vergleich der Jahre 2014 und 2015 um 500, nämlich von 8 000 auf 7 500 reduziert. Die Zahl der einsatzbereiten Sprengköpfe ist den Angaben zufolge von 1 600 auf 1 780 Stück gestiegen.

Im Vergleich dazu die USA: Bei den Vereinigten Staaten ist das Atomwaffenarsenal nur um 40 Stück geschrumpft, von 7 300 auf 7 260 Stück. Die einsatzbereiten Waffen sind von 1 900 auf 2 080 gestiegen. Vom Zuwachs her identisch mit dem in Russland. In absoluten Zahlen jedoch sind die USA immer noch an der Spitze.

Bestenfalls könnte man also titeln: «Aufholen ohne einzuholen: Putin stockt Atomwaffenarsenal auf. Obama hat aber immer noch mehr.»

Doch die Realität ficht NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nicht an. Die geplante Anschaffung neuer Raketen durch Moskau sei «ungerechtfertigt, destabilisierend und gefährlich». Die westliche Militäralianz werde «antworten». (Quelle: de.sputniknews.com, gekürzt)

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)

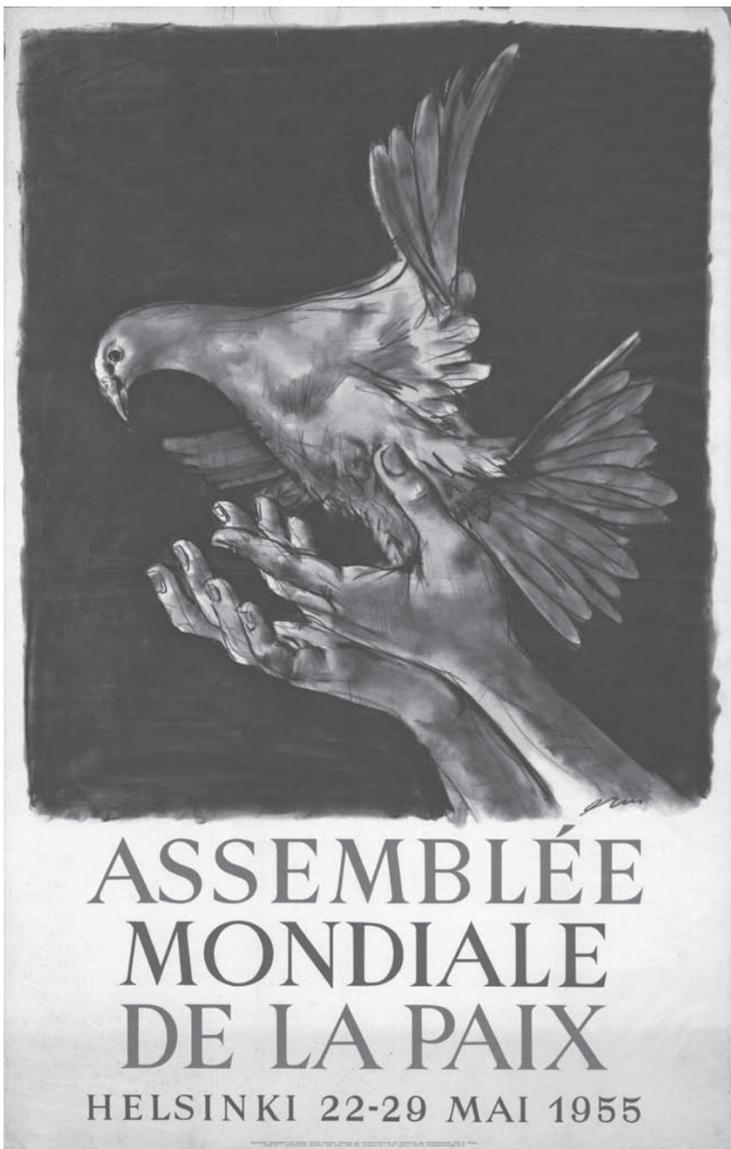
Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)

Ich möchte ein Probeabonnement der UW

Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch



Hans Erniss Plakat für den Weltfriedenskongress 1955 in Helsinki.

Hans Erni als Mitstreiter der Friedensbewegung Maler und Dissident

Am 21. März, just einen Monat nach seinem 106. Geburtstag, ist der Luzerner Maler Hans Erni verstorben. In seiner ersten Lebenshälfte war der grosse Künstler eng mit den sozialen Kämpfen und der Friedensbewegung unseres Landes verbunden und stand deshalb prominent im Fokus der politischen Polizei und der kalten Krieger. Anhand von Dokumenten aus jener Zeit, die zum Teil im Bundesarchiv gelagert sind, beleuchten wir den Umgang der offiziellen Schweiz mit einem ihrer hervorragendsten Dissidenten.

Von Martin Schwander

1945, als in der Schriftenreihe der Vereinigung «Kultur und Volk» das Büchlein «Hans Erni ein Maler unserer Zeit» herauskam, stand für den Verfasser Konrad Farner fest: Erni ist einer der Gutgesinnten. Was ihn auszeichne, was ihn von zahlreichen andern Künstlern der Gegenwart unterscheidet, sei der Umstand, «dass er sein Werk offensichtlich – offensichtlich im wahrsten Sinne des Wortes – in den Dienst einer Sache stellt, von der man sagen kann, dass sie den einzigen positiven Inhalt unserer Geschichte ausmacht: der Sache des Sozialismus.» Erni, so doppelt der Marxist Farner im Vorwort zu seinem Künstlerporträt nach, sei «in der Schweiz einer der ganz wenigen Maler, die nicht nur als Bürger, sondern auch als Künstler eindeutig und offensichtlich Stellung bezogen haben und sich dem Sozialismus verpflichtet fühlen.»

Freundschaft mit der Sowjetunion

Noch steckte der Kalte Krieg 1945 nicht in den Minustemperaturen. Doch die Bundesanwaltschaft und damit die politische Polizei hatten Hans Erni bereits im Visier. Schon 1942 mag er den Hütern der rechten Ordnung aufgefallen sein, als er einen offenen Brief des Schriftstellers und nachmaligen «Vorwärts»-Redaktors

Hans Mühlestein an Bundesrat Eduard von Steiger zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Fünften Kolonne mit unterzeichnet hatte. Definitiv suspekt geworden war der Künstler sicher 1944, wie das «Militär- & Polizeidepartement des Kantons Luzern» der Bundesanwaltschaft rapportierte: «Wie Ihnen seinerzeit berichtet wurde, stellten wir am 7. September 1944 fest, dass Erni durch den bekannten Kommunisten HOFMAIER Karl, Basel, sowie einen Dr. MÜHLESTEIN, Basel, und einen weiteren Herrn mit zwei Frauenpersonen, die uns nicht bekannt sind, besucht wurde. Der Aufenthalt dieser Personen im Atelier Erniss dauerte drei Stunden. Erni war der Entwurf des Werbeplakates für die Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion übertragen worden. ... Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich der oben erwähnte Besuch Hofmaiers und Konsorten auf diese Auftragserteilung bezog.»

Tatsächlich schuf Hans Erni 1945 ein Plakat, das für «freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen zwischen unserem Lande und der Sowjetunion» warb. Erni, so Farner in seiner Biographie, wollte «mithelfen, dass seine Heimat in nähere Beziehung kommt zu demjenigen Land, in dem in gewissem Sinne die kommende neue Ordnung bereits verwirklicht, dessen Heute unser Morgen ist.» Erni drückte mit der Freundschaftsoffensive Richtung Sowjetunion zu jener Zeit die Gefühle breiter Kreise aus und dass der Bundesrat den Aushang des Plakates untersagte, stiess auf einhellige Kritik: noch hatte der Kalte

Krieg 1945 nicht verfangen. Farner schrieb denn auch befriedigt, «nicht eine einzige Stimme im schweizerischen Blätterwald» sei zu vernehmen gewesen, «die dieses Verbot gutgeheissen hätte. Man sprach von völlig unhaltbaren Argumenten, von geradezu grotesken Meinungen an höchster Stelle, und eine führende bürgerliche Zeitung fragte, was denn an diesem verbotenen Plakat zu beanstanden sei ausser dem Verbot?»

In den Reihen der PdA

Innenpolitisch näherte sich Erni in den ersten Nachkriegsjahren der jungen Partei der Arbeit an und stellte dem Parteiorgan «Vorwärts» gelegentlich auch Illustrationen zur Verfügung, so etwa für die 1. Mai-Nummer von 1946. Und immer wieder seinen Namen, zum Beispiel als Mitglied des «Schweizerischen Volkskomitees für Alterspensionen», als Verwaltungsrat der satirischen Zeitschrift «Der grüne Heinrich», als Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion und als Unterzeichner eines «Appells an das Schweizervolk» zu Gunsten der griechischen Rebellen. Anlässlich der Maifeier 1945 der PdA Luzern, so das Luzerner Polizeidepartement in seinen zuhauenden der Bundesanwaltschaft verfassten «Feststellungen über Werdegang und politische Einstellung des Obgenannten», sei Erni als Teilnehmer erkannt worden. «Erni wird auch noch andere Veranstaltungen der Partei der Arbeit, Luzern, besucht haben, doch besitzen wir hierüber keine bestimmten Anhaltspunkte.» Hingegen sei ihnen Erni als Empfänger von Propagandamaterial der Luzerner PdA bekannt. «Es kann deshalb angenommen werden, dass er dieser Partei als Mitglied angehört oder einmal angehört hat. Seine Mitgliedschaft konnte von uns jedoch nicht zuverlässig festgestellt werden. Auf jeden Fall scheint sich Erni des uneingeschränkten Vertrauens der Luzerner PdA zu erfreuen.»

Die aufkommenden Spannungen zwischen West und Ost, die schleichende Remilitarisierung Deutschlands und vor allem die nukleare Gefahr scharte in den Nachkriegsjahren Hunderte von Künstlern und Intellektuellen der ganzen Welt hinter Appelle, die Menschheit vor dem Joch eines weiteren und diesmal vermutlich definitiv letzten Krieges zu bewahren. Hier fand der Humanist Hans Erni seine Berufung und er scheute sich nicht, sich der immer schärferen politischen Bisse zu stellen. 1948 reiste er mit dem Genfer Prof. Jean Hochstaeter nach dem polnischen Wroclaw zur Teilnahme am Weltkongress der Intellektuellen für die Sache des Friedens und nach ihrer Rückkehr übernahmen die beiden das Patronat über eine Informationsveranstaltung zum Kongress im Genfer «Cercle des amis des lettres françaises». Auch an der ebenfalls in Genf abgehaltenen konstituierenden Versammlung der «Bewegung der Schweizer Intellektuellen für den Frieden» vom 19.12.1948 berichtete Hans Erni über seine Erfahrungen in Polen, danach ein weiteres Mal in der Basler Kunsthalle am Steinenberg im Rahmen der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion.

Hexenjagd

Der Bundesanwaltschaft kamen mittlerweile beunruhigende Nachrichten aus dem Ausland zu: «Nach einer Meldung aus österreichischer Quelle, die als in der Regel gut informiert gelten kann, soll Erni zu den Vertrauensleuten der Kominform gehören, die die Weisung haben, sich erst dann zu betätigen, wenn an sie die bestimmte Weisung gelangt. Vorher dürfen sie sich parteipolitisch nicht betätigen.» Die Verschwörungstheorien, denen sich die antikommunistischen Hexenjäger in den USA bereits seit längerer Zeit bedienten, hatten damit auch Eingang in die Schweiz gehalten.

Erni sollte eines der ersten Opfer dieser Hexenjagd werden. Am 30. März 1949, wenige Wochen vor Eröffnung des wegweisenden Pariser Weltfriedenskongresses, reichte der freisinnige Luzerner Nationalrat Kurt Bucher eine «Kleine Anfrage» ein: «Der Luzerner Kunstmaler Hans Erni, dessen künstlerisches Werk nicht in Zweifel gezogen werden soll, gehört politisch der kommunistischen PdA an.

Weiss der Bundesrat, dass Erni seine Aufträge erstaunlicherweise nicht nur aus privaten Kreisen erhält, die den Kommunismus sonst entschieden ablehnen, sondern dass zu den Auftraggebern Erni's auch immer und immer wieder die öffentliche Hand und deren Betriebe gehören?

Ist dem Bundesrat insbesondere bekannt, dass ausgerechnet in dieser Zeit der gründlichen Abrechnung des Nationalrates mit den auf dem Wege zum Landesverrat befindlichen Kommunisten der PdA von der PTT eine «Sondermarke Pro Aero 1949» herausgegeben wird, die der PdA-Maler Erni entworfen hat?

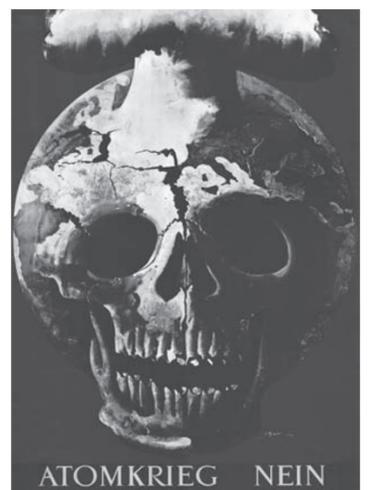
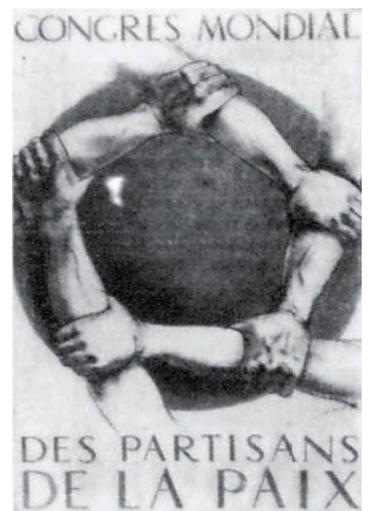
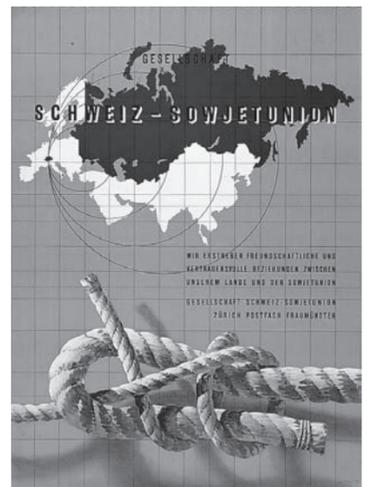
Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass eine konsequente Ablehnung des Kommunismus auch auf kulturellem Gebiete angesichts der Haltung dieser auslandshörigen Bewegung für unser demokratisches, freiheitliches Staatswesen und seine Bürger ein Gebot der Sauberkeit und Selbstachtung ist oder sein sollte, und wenn ja, wird der Bundesrat dafür sorgen, dass inskünftig die Behörden der Eidgenossenschaft und der Bundesbetriebe die Grenzen gegenüber dem Kommunismus und seinen Parteigängern auch in künstlerischen Dingen ziehen und kompromisslos achten?»

Am 8. April 1949 schrieb der damalige Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, Bundesrat Etter, seinem Kollegen und Justizminister Eduard von Steiger, er wäre ihm sehr zu Dank verpflichtet, wenn er durch die Bundespolizei einen Bericht darüber beschaffen könnte, «ob sich Hans Erni als kommunistischer Aktivist» betätige und ob gegen eine solche «politische oder anderseitige kommunistische Tätigkeit des Künstlers» Klagen vorlägen. Der in antikommunistischen Belangen jedoch stets vorausseilende Bundesrat von Steiger hatte der Bundesanwaltschaft bereits am 5. April den Auftrag erteilt, «einen ausführlichen Bericht über die politische, d.h. kommunistische Tätigkeit des Luzerner Kunstmalers» abzuliefern, einen Auftrag, den die Bundesanwaltschaft zu selbigem Datum an das Polizeidepartement des Kantons Luzern herunter delegierte.

Erni sei in Luzern «offiziell bisher weder bei der PdA noch bei der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion als führendes Mitglied in Erscheinung getreten», beschied das Luzerner Militär- & Polizeidepartement der Bundesanwaltschaft am 25. Mai 1949. «Er hält sich geschickt im Hintergrund und wir sind nicht in der Lage, ihm irgendeine gegen unser Land gerichtete Tätigkeit nachzuweisen. Wir sind aber überzeugt davon, dass Erni den Elementen der äussersten Linken auf diskrete Art und Weise mit Rat und Tat und vermutlich auch in finanzieller Hinsicht beisteht. ... Trotz seinem bisher nach aussen ruhigen Verhalten betrachten wir Erni als einen der gefährlichsten Linksextremisten. Er bildet, im Hinblick auf seine internationalen Beziehungen, für unsere Demokratie eine nicht zu unterschätzende, ernste Gefahr.»

Weitsichtige Verteidiger

Von der Anfrage Bucher aufgeschreckt meldeten sich hingegen auch die liberaleren Kräfte im Bundesrat zu Wort. Bemerkenswert etwa ist die Stellungnahme des CVP-Bundesrates Enrico Celio, dessen Post- und Eisenbahndepartement durch Nationalrat

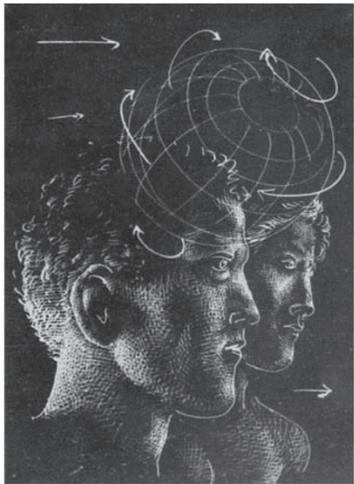


Hans Erni im Dienste der Sache: Plakat für die Gesellschaft Schweiz-UdSSR (1945), Wettbewerbsplakat für den Weltfriedenskongress 1950, Plakat gegen die Atom-bombe (Schweizerische Friedensbewegung 1954), Plakat zum Weltfriedenskongress 1958 in Stockholm, Deckblatt Weltjugend-lid (Freie Jugend der Schweiz 1949)

Maler und Dissident...

Fortsetzung von Seite 5

Bucher indirekt attackiert worden war. Nach einer Auflistung bisheriger Aufträge von Post und Bahn an Hans Erni fügt Enrico Celio an, er halte den von Nationalrat Bucher vorgeschlagenen Weg für gefährlich. «Bis heute kannte die Schweiz keine «schwarze Liste» für dem Schweizervolk gesinnungsfremd eingestellte Künstler. Wir hielten unser Volk für gesund genug, sich selber ein Urteil über diese Werke zu bilden.» So müsste er es ablehnen, «einen Künstler von einem öffentlichen Wettbewerb auszuschliessen, nur weil uns seine politische Färbung oder sein Lebenswandel nicht passt.» Selbst bei öffentlichen Aufträgen sollte man sich aufgeschlossen zeigen und grosse Talente nicht deshalb von Staatsaufträgen ausschliessen, «weil sie Ideen huldigen, die von der Mehrheit des Volkes nicht gebilligt werden.» Und mahndend fügte er hinzu: «Vergessen wir nicht, dass bedeutende Künstler aller Zeiten und Nationen aus politischen Gründen verfolgt worden sind; von ihren Verfolgern weiss man heute nichts mehr, die Künstler aber leben in ihren Werken in der Nachwelt fort!»



«Vorwärts in eine bessere Welt!» titelte das PdA-Organ «Vorwärts» diese Zeichnung, welche Hans Erni für die Ausgabe vom 4. Oktober 1945 geschaffen hatte.



«Die Arbeiterschaft der ganzen Welt blickt vorwärts in die bessere Zukunft einer sozialistischen Welt.» – Zeichnung von Erni für die 1. Mai-Ausgabe des «Vorwärts» 1946.

Auch Bundesrat Ernst Nobs, der 1943 als erster Sozialdemokrat in die Landesregierung gewählt worden war und 1949 das Amt des Bundespräsidenten bekleidete, beschäftigte die Anfrage Bucher. In einem ausführlichen Brief an Bundesratskollege von Steiger setzte er sich am 25. April für den ihm persönlich bekannten Kunstmaler ein: «Ich würde es sehr bedauern, wenn die Kleine Anfrage Bucher dazu führen würde, gerade diesen Künstler aus unserem Lande zu vertreiben. Wir verlieren damit einen der Besten und behalten die Schlechteren.» Es sei zwar schwierig, Erni in Schutz zu nehmen, da er zugebe, Mitglied der PdA zu sein «und jetzt erst noch damit grosstun möchte.» Innerlich sei Erni aber in keiner

Weise Kommunist und er glaube ihm aufs Wort, dass er nie an einer Sitzung oder Versammlung teilgenommen hat oder es tun wird, «sondern dass es sich bei seiner Mitgliedschaft um eine Grosstuererei und Protzerei handelt». Von einer tieferen wirklich kommunistischen Gesinnung sei bei ihm keine Rede. «Wir haben ihm das auch offen gesagt, und er hat es gar nicht übel genommen», weiss Nobs zu berichten: «Hinter seiner Zugehörigkeit zur PdA steht gewiss nichts weiter als ein Gefühlsaffekt.»

Erni selbst focht die Anfrage des Luzerner Nationalrates zumindest äusserlich nicht gross an. Bundespräsident Nobs gegenüber gab er zu Protokoll, er habe bisher seine ganzen Kräfte eingesetzt, das Kulturgut der Schweiz zu mehrern. «Wenn man mich jetzt auf diese Art und Weise schädigen und meine künstlerische Arbeit in diesem Lande unterbinden will, so wird man mich auf diese Weise nicht erledigen.» Eigentlich sei er sogar recht stolz darauf, dass man ihn derart verfolge und er sei stark genug, dieser Verfolgung zu widerstehen. «Wenn diese Hetze gegen mich Erfolg haben sollte, so verlasse ich die Schweiz und gehe nach Paris oder London und lasse mich dort nieder.» Dort werde er nicht nur in Freiheit arbeiten sondern «aus meiner Arbeitsleistung auch eine Existenz bestreiten können, die nicht schlechter sein wird, als diejenige, die ich mir in Luzern erarbeiten kann.»

Auftragsboykott

Der Bundesrat liess sich Zeit mit seiner Antwort auf die Anfrage des Luzerner McCarthy-Nacheiferers und musste von Nationalrat Bucher am 25. Oktober 1950 gar ermahnt werden. Seine Anfrage habe trotz Zeitablaufes an Aktualität nichts eingebüsst, schrieb der Luzerner Rechtsfreisinnige in einer zweiten Anfrage: «Kunstmaler Erni blieb wie ehemals Kommunist; er liess sich eben erst vergangenen Sonntag in Basel als prominenter «Friedens-Partisane» mit Akklamation von den Kominformisten gehörig feiern.»

Tatsächlich wich Hans Erni auch in der Zwischenzeit nicht von seinem starken Engagement für Frieden und gegen den Atomtod ab. Zwar konnte er am Gründungskongress der Weltfriedensbewegung vom April 1949 in Paris nicht persönlich teilnehmen, aber per Telegramm übermittelte er den Teilnehmenden seine Unterstützung: «Im innigen Wunsch für Frieden und als Mitunterzeichner von Wroclaw begrüsse ich den Pariserkongress und entbiete meine Wünsche zum Erfolg.» Ende 1949 gestaltete er das Deckblatt zum «Lied der Weltjugend», der Friedens- und Solidaritätshymne des frisch gegründeten Weltbundes der Demokratischen Jugend und im März 1950 hätte er gemeinsam mit Pablo Picasso und dem Dekan von Canterbury dem US-amerikanischen Kongress einen Fünf-Punkte-Friedensvorschlag des Weltfriedensrates überbringen sollen. Sowohl Picasso wie Canterbury und Erni wurde, neben neun weiteren Persönlichkeiten, die Einreise in die USA jedoch verwehrt. Die genannten seien entweder Kommunisten oder als Mitläufer bekannt und deshalb in den USA unerwünscht. Der Weltfriedensrat, so fügte das US Staatsdepartement an, sei die führende kommunistische Frontorganisation der Welt. Ende 1950 bequeme sich der Bundesrat endlich zu einer Beantwortung der Anfrage Bucher. Die Kunstpflege des Bundes trage grundsätzlich lediglich der künstlerischen Leistungsfähigkeit und Qualität Rechnung und stelle nicht ab auf die politische Gesinnung der Künstler. Der Bundesrat und sämtliche Instanzen auf Bundesebene, die Aufträge zu vergeben hätten, gedächten nicht daran, abgesehen von Ausnahmefällen, die Richtlinien zu verlassen.

Mit diesem Abschnitt der bundesrätlichen Verlautbarung hatte sich Bundesanwalt Lüthy im Vorfeld gar nicht abfinden können. In arroganter Einmischung der Verwaltung in politische Belange schrieb er seinem Chef, Bundesrat von Steiger, am 12. Dezember 1950: «Grundsätzlich – so scheint es uns – sollten Schweizer, welche ihre Fähigkeiten und Begabungen dazu benutzen, die Grundlagen unseres Landes zu untergraben und gegen die politischen Einrichtungen zu agitieren, keine Mittel aus öffentlicher Hand erhalten. ... Wir entfernen heute die Kommunisten aus dem Bundesdienst, machen es wirtschaftlichen Organisationen zum Vorwurf, dass sie durch Inserate mit-helfen, die PdA oder ihre Organe zu finanzieren und anerkennen dann in einer Antwort des Bundesrates den Grundsatz, dass die Kunstpflege des Bundes ... nicht auf die politische Gesinnung oder das politische Verhalten des Künstlers abstelle. Wieso sollen künstlerische Berufe anders behandelt werden als die übrigen?»

Zumindest in einem Punkt hatte Bundesanwalt Lüthy Erfolg: «oder das politische Verhalten» wurde in letzter Minute aus der bundesrätlichen Antwort gestrichen. Und auch der letzte Abschnitt der schliesslichen Version

dürfte die Linkenjäger in Bundesanwaltschaft und Nationalrat befriedigt haben: «Der Maler Hans Erni hat in früheren Jahren von eidgenössischen Verwaltungsstellen bestimmte Aufträge erhalten, für deren Bewältigung er qualifiziert erschien. Seit 1949 wurden ihm indessen vom Bund und von den Verwaltungen der SBB und der PTT keine Aufträge mehr erteilt.»

Mit aufrechtem Abgang

Obwohl sich das Verhältnis Ernits zur politischen Linken nach der Ungarn-Tragödie 1956 merklich abkühlte und sich der Maler in einer öffentlichen Erklärung deutlich für die «Freiheit als Grundlage menschenwürdigen Daseins» aussprach, die nur möglich sei auf der «Grundlage der Achtung des Nächsten und in demokratischer Disziplin», liess er sich nicht biegen und hielt insbesondere an seinem Bekenntnis zum Friedenskampf fest. So gestaltete er für den Weltfriedenskongress von 1958 das offizielle Plakat, und selbst für die PdA wurde er im gleichen Jahr noch einmal tätig: mit einem Plakat für den PdA-Stand am Pariser Humanité-Fest der französischen Kommunisten. Dass der mittlerweile international bekannteste Schweizer Künstler bereits 1959 wieder in Ungarn ausstellte und im

selben Jahr auch eine Einladung der (Ost)-deutschen Akademie der Künste zu einer Ausstellung in Berlin dankend annahm, focht in der Schweiz Ende der Fünfziger Jahre nur noch gerade die stramme Rechte an. Die PdA war deutlich geschwächt, die Friedensbewegung gespalten und ihr militanter Flügel, dem auch Erni angehört hatte, ausgegrenzt: Der Kalte Krieg hatte seine Hauptziele erreicht und konnte fortan subtiler geführt werden. Die grobschlächtige Kampagne einiger freisinniger Blätter, die sich im Herbst 1961 ob dem Ausstieg eines Erni-Plakats zur Rettung der Gewässer enervierten, holte zwar noch ein paar der alten kalten Krieger aus der Tiefkühltruhe hervor: In einer Nachtaktion ergänzten sie den Plakattext «Rettet das Wasser!» mit dem ach so intelligenten Kleber «...und uns vor den Sowjet-Atombomben, Herr Erni!». Aber auch sie konnten es nicht mehr verhindern: Das massgebliche bürgerliche Establishment hatte längst seinen Frieden mit unserem Friedensfreund gefunden.

Quellen: Konrad Farmer, Hans Erni ein Maler unserer Zeit, Mundus-Verlag, Zürich 1945. Bundesarchiv (BAR), Dossiers #E4001C #1000-783#2078; #E4001C#1000-783 #2079; #3001B#1000-731#15; E4320B #1978/121#473; E2001E#1972/33#2141

Im Jahr 49 vor Markwalder**US-Lobbyisten im Nationalrat**

Der 40. Jahrestag der Befreiung Südvietnams und damit des Endes des Vietnam-Krieges erinnert uns an eine Begebenheit, die 49 Jahre zurückliegt und kein Ruhmesblatt der schweizerischen Politik darstellt.

Von Martin Schwander

Am 6. Juni 1966 erhielt der Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements, Botschafter Pierre Micheli, Besuch des Botschaftsrats der USA, Henry Kellermann. Dieser habe bei ihm heftig interveniert («strong representation»), so Botschafter Micheli in einer Notiz an Departementchef Willy Spühler, und zwar wegen einer Sitzung des Weltfriedensrates, die vom 13. – 15. Juni in Genf stattfinden sollte. Bezugnehmend auf die schweizerische Neutralität habe Herr Kellermann verlangt, diese Sitzung zu verbieten, weil auch der Vietnam-Krieg traktandiert sei und dabei vermutlich die USA angeprangert würden.

Micheli erinnerte Bundesrat Spühler in seiner Notiz daran, dass sowohl die Genfer Polizei wie auch die Bundespolizei und das EPD selbst keine legale Basis gefunden hätten, die besagte Sitzung des Weltfriedensrates zu verhindern und die Abhaltung unter der Bedingung gestattet worden sei, dass sich die Redner Angriffen gegen fremde Staaten zu enthalten hätten.

Sein Sekretariat würde die US-Forderung mit der Bundespolizei prüfen, aber auf den ersten Blick, so Micheli, «scheint es mir schwierig, ihr Folge zu leisten ohne uns vehementen Protesten sowohl verschiedener schweizerischer Bevölkerungskreise wie auch sämtlicher kommunistischer Regierungen auszusetzen».

Kellermann blitzte – vorerst – ab und die Tagung des Weltfriedensrates fand statt. Verabschiedet wurde insbesondere ein längeres Memorandum zur Europäischen Sicherheit, Resolutionen zu Indonesien, Kuba, zur Lage im Nahen und Mittleren Osten, über die portugiesischen Kolonien und zu Rhodesien. Und ein Appell «zur Entfaltung von Aktionen aller Völker der Welt zur Unterstützung des gerechten Kampfes des vietnamesischen Volkes gegen den amerikanischen Aggressionskrieg».

Ob inspiriert durch Kellermann oder ob aus freien Stücken: Sowohl Tonalität wie implizite Forderungen zweier kleiner Anfragen, die darauf

hin im Nationalrat deponiert wurden, mochten den US-Lobbyisten befriedigt haben. Der Genfer FDP-Mann Raymond Deonna sah die von den verantwortlichen Organisatoren eingegangenen Verpflichtungen durch mehrere Redner verletzt, die sich «zu heftigen Attacken gegen Staaten, mit denen die Schweiz freundschaftliche Beziehungen unterhält (USA, Grossbritannien, Bundesrepublik, Saudi-Arabien, Japan, Thailand, Israel) hin-reissen liessen. Von den Resolutionen und Dokumenten, die eine analoge Einstellung zum Ausdruck bringen, sei hier nicht die Rede». Was denn gedanke der Bundesrat angesichts dieser «krassen Verletzungen eingegangener Verpflichtungen» vorzukehren, um eine «Wiederholung solcher Kundgebungen zu verhindern, die unserer Aussenpolitik nur abträglich sein könnten?»

Der Berner LdU-Politiker Jakob Bächtold stiess ins gleiche Horn: «Es steht fest, dass der in Genf tagende Weltfriedensrat die seitens der eidgenössischen Behörden gestellten Bedingungen, sich nämlich aller Angriffe auf fremde Regierungen zu enthalten, missachtet hat. ... Welche Konsequenzen gedenkt der Bundesrat aus dieser Tatsache zu ziehen?»

Baufragt mit der Antwort wurde das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. Dessen Vorsteher Ludwig von Moos (CVP) beantragte dem Bundesrat rundweg, «inskünftig weitere Tagungen dieser internationalen kommunistischen Organisation zu verbieten». Zwar sei von einem generellen Verbot ähnlicher Veranstaltungen abzusehen, doch solle der Bundesrat bei Anlässen mit Bezug auf den Vietnamkonflikt von seiner Kompetenz Gebrauch machen, selbst und in Übergehung der Kantone über die Zulassung ausländischer Redner zu entscheiden. «Da der Vietnamkonflikt zur Zeit das heikelste aktuelle Problem der Weltpolitik ist», so übte sich der Justizminister von Moos in der internationalen Diplomatie, «drängt sich aus neutralitätspolitischen Erwägungen Zurückhaltung auf. Der Vietnamkonflikt ist für unser Land vor allem ein aussenpolitisches Pro-

blem und infolgedessen fällt seine Behandlung in die Kompetenz des Bundesrates. Dies trifft auch im Hinblick auf allfällige spätere Vietnamverhandlungen in der Schweiz zu. Bei allfälligen zukünftigen Entscheiden sollte der Bundesrat die Bewilligung für die Teilnahme von Ausländern an Veranstaltungen mit Bezug auf den Vietnamkonflikt immer dann verweigern, wenn eine Gefährdung der äusseren oder innern Sicherheit des Landes oder Störungen von Ruhe und Ordnung zu befürchten sind.»

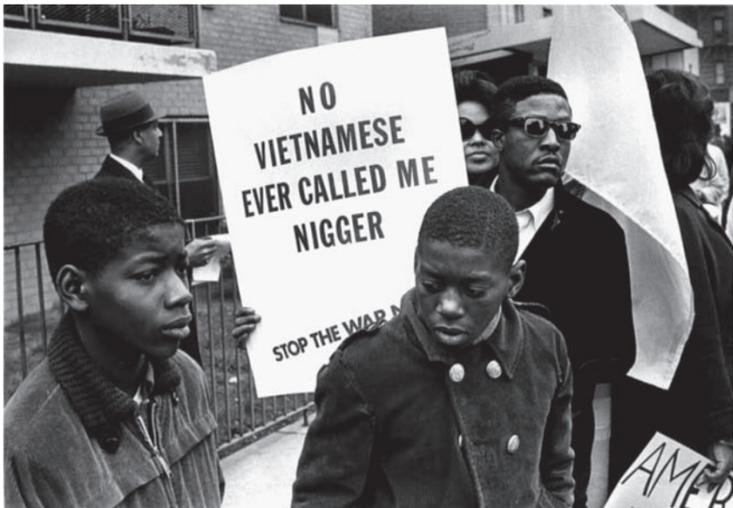
Der Bundesrat schloss sich diesen Erwägungen an und ermächtigte die Bundesanwaltschaft zudem, «ausländisches Propagandamaterial, das sich auf den Vietnamkonflikt bezieht und ehrverletzende Angriffe gegen ausländische Staaten, Regierungen und Staatsoberhäupter enthält, einzuziehen.»

Entsprechend fiel die Antwort des Bundesrat auf die beiden kleinen Anfragen aus: Über Zulassung oder Ablehnung ausländischer Redner im Bezug auf den Vietnamkonflikt entscheide der Bundesrat «bis auf weiteres» in eigener Kompetenz, beschied der den Nationalräten am 15. Juli 1966. Und auf allfällige Gesuche des Weltfriedensrates für weitere Tagungen würde inskünftig nicht eingetreten.

Mister Kellermann konnte sechs Wochen nach seiner «strong representation» bei Botschafter Micheli Washington doch noch Vollzug melden...

(Quelle: dodis.ch/31178; dodis.ch/31609)





Kommen in der offiziellen US-Erinnerung an den Vietnam-Krieg kaum vor: Die breiten Proteste der eigenen Bevölkerung. Hier ein Friedensmarsch in Harlem 1967, auf dem Plakat das berühmte Zitat von Muhammad Ali: «Kein Vietnameser hat mich je Nigger genannt.» Foto reedit.com

Vietnam: Ende des Kriegs – Krieg ohne Ende?

Sieg im Frühling

30. April 2015: Vietnam feiert den 40. Jahrestag des Endes der US amerikanischen Aggression und die Wiedervereinigung des seit 1954 geteilten Landes. 2015: Die USA zelebrieren den 50. Jahrestag des Beginns ihres Vietnam-Kriegs.

Von Margrit Schlosser

«Sie [die USA] haben zahllose barbarische Verbrechen begangen, haben für unsere Bevölkerung und unser Land unermessliche Verluste und Schmerz verursacht.»¹ Mit diesen Worten erinnerte der vietnamesische Premierminister Nguyen Tan Dung am 30. April 2015 anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Endes der US amerikanischen Aggression gegen Vietnam an die Verantwortung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem leidgeprüften südostasiatischen Land. «Unsere Heimat musste überaus schwerwiegende Herausforderungen erdulden», fügte er in höflicher Form noch an und kam dann auf die eigenen Leistungen zu sprechen. «Der Grosse Frühlings-Sieg von 1975 ist eine herausragende Seite in der Geschichte um den Schutz des Landes... Wir haben die ruhmreiche historische Mission der totalen Befreiung des Südens und der Wiedervereinigung des Landes vollbracht und unser Land in eine neue Epoche der Unabhängigkeit und Einheit geführt.»²

Mit einer zweistündigen Parade, einem spektakulären Feuerwerk und kulturellen Veranstaltungen, alles landesweit vom vietnamesischen Fernsehen direkt übertragen, wurde der Anlass vor Ort im ehemaligen Saigon (heute Ho Chi Minh Stadt) gebührend gefeiert. Vor versammelter Führungsrige, Kriegsveteranen, ausländischen Gästen und einheimischem Publikum defilierten neben Militäreinheiten, davon einige in tänzerisch anmutendem Stechschritt, auch Vertreter und Vertreterinnen der ehemaligen Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams, die verschiedenen Polizeicorps, Repräsentanten und Repräsentantinnen der Gesundheits- und Erziehungssektoren, der Arbeitnehmerschaft, der Frauen- und der Jugendunion, dazwischen fröhlich singende und tanzende Kinder sowie farbenprächtig in traditioneller Kleidung Vertreter und Vertreterinnen der über 50 ethnischen Bevölkerungsgruppen.³

An diesem 30. April 2015, an dem das offizielle Vietnam mit einer farbenfrohen Parade das Ende des amerikanischen Krieges feierte, entlang der breiten, von hohen Bäumen

gesäumten Strasse, die vom Zoologischen Garten bis zum geschichtsträchtigen Palast der Wiedervereinigung führt, fand in dem an derselben Strasse gelegenen US Konsulat in Ho Chi Minh Stadt ein separater Gedenkakt statt. An diesem nahm nicht nur der jetzige US Botschafter teil, sondern auch eine Gruppe von ehemaligen US Marines, die das Debakel der «letzten Tage in Vietnam»⁴ miterlebt hatten. Man gedachte der letzten beiden US Soldaten, die unmittelbar vor Kriegsende gefallen waren. In einem Gespräch mit Radio WBUR, einer privaten Radiostation, die der Universität von Boston gehört, meinte einer jener US Marines, die nach 40 Jahren zum ersten Mal nach Vietnam zurückkehrten: «Mein erster Eindruck wäre, dass wir immer noch versuchen, [den Krieg] hinter uns zu lassen, und sie haben das bereits getan.»⁵

Das Vietnam Syndrom

Die Frage stellt sich, wie die US Regierung, das Pentagon sowie bestimmte politische Kreise in den USA versuchen, den Krieg und vor allem die Niederlage in Vietnam hinter sich zu lassen? Mit anderen Worten: Wie versuchen diese Leute, das so genannte Vietnam Syndrom zu überwinden? Eine kurze Antwort wäre: Indem sie Kriege führen. Während des Ersten Golfkriegs, dem so genannten «Desert Storm», verkündete der damalige US Präsident, Vater George Bush, wortwörtlich: «Dies ist ein stolzer Tag für Amerika. Und, bei Gott, wir haben das Vietnam Syndrom ein für alle mal hinter uns gelassen.»⁶

Im Zusammenhang mit dem Vietnam Syndrom muss auch die ursprünglich vom US Kongress 2008 beschlossene und 2012 von Präsident Barack Obama proklamierte «Vietnam War 50th Anniversary Commemoration» gesehen werden. Da will man zum einen den US amerikanischen Veteranen, die damals bei ihrer Rückkehr aus Vietnam als vermeintliche Verlierer nicht gerade mit offenen Armen empfangen wurden, späte Ehrung zukommen lassen. Zum andern geht es unter der Ägide des Pentagon offensichtlich auch darum, die Geschichte des Vietnam Kriegs in geschönten und heroisierenden Zügen aufzuarbeiten und darzustellen. Höchst fragwürdig um nicht zu sagen schockierend wirkte zum Beispiel, dass das Massaker von My Lai auf der eigens für diese Kommemorati-on eingerichteten Website des Pentagons⁷ als «incident», also als blosser Vorfall bezeichnet wurde. Nachdem

Nick Turse in einem Artikel auf diese Geschichtsklitterung aufmerksam gemacht hatte, wurde der entsprechende Text geändert. Jetzt heisst es, eine amerikanische Division habe in My Lai Hunderte von vietnamesischen Zivilisten umgebracht – von Massaker keine Rede! Dabei weiss man spätestens seit dem im Jahr 2013 veröffentlichten Buch von Nick Turse, «Kill Anything That Moves», dass es unzählige von US-amerikanischen Militäreinheiten verübte Massaker dieser Art gegeben hat. Kritische US Veteranen sowie Aktivisten und Aktivistinnen der damaligen Anti-Kriegsbewegung bemängeln ausserdem und zu Recht, dass kaum bis gar nicht über die Existenz und die Rolle der damaligen Friedens- und Solidaritätsbewegung berichtet werden soll.

So kommt es, dass am 30. April 2015 in Vietnam das Ende des «amerikanischen Kriegs», die Erlangung der Unabhängigkeit und die Wiedervereinigung des Landes gefeiert wurden, während in den USA heuer dem Anfang des heissen Kriegs gegen Vietnam gedacht wird. Oder, wie es der Generalsekretär der Gesellschaft Vietnam-USA in einem offenen Brief zum Ausdruck gebracht hat: «Das bedeutet, dass wir in Vietnam den Frieden und die Freundschaft zwischen unseren zwei Ländern feiern werden, während ihr in den USA ermuntert und mit Geld unterstützt werdet, um Krieg und Töten zu feiern.»

Mit der Landung der ersten Kampftruppen (Marines) in Zentralvietnam im März 1965 hat der Krieg der USA gegen Vietnam, namentlich gegen das kommunistische Nordvietnam und die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams, eigentlich gar nicht begonnen. Ähnlich wie heute im Irak hatten die USA damals schon Tausende so genannter Berater vor Ort. Diese sollten u.a. die von der US Regierung gestützte südvietnamesische Regierung auf Vordermann bringen sowie deren Soldaten ausbilden und kampftüchtig machen. Dabei lässt sich die Intervention der USA in Vietnam nicht nur zurückführen auf die Genfer Indochina-Konferenz 1954, zum Zeitpunkt der Niederlage der französischen Kolonialmacht in Dien Bien Phu, die das Ende des Indochina-Kriegs einläutete. Es ist aktenkundig, dass die USA bereits nach der Unabhängigkeitserklärung durch Ho Chi Minh am 2. September 1945 in Hanoi die erneute Besetzung durch die französische Kolonialmacht unterstützten und deren militärische Intervention zu grossen Teilen alimentierten.

Der Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit

Für die Vietnamesinnen und Vietnamesen begann der Widerstand gegen die kolonialen und imperialen Mächte (Frankreich, Japan, USA) und der Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit ihres Landes also viel früher; und er endete im Prinzip auch nicht mit der «Befreiung Saigons» am 30. April 1975. Im Zusammenhang mit der vietnamesischen Intervention gegen die Roten Khmer in Kambodscha kam es 1979 zu einer Strafaktion Chinas entlang der gemeinsamen Grenze im Norden von Vietnam. Dabei wurden mehrere Provinzhauptstädte buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht. Das unmittelbar nach Kriegsende von der US Regierung verhängte Wirtschafts- und Handels-Embargo, das von den meisten westlichen Ländern, auch der Schweiz, sowie der Weltbank und dem IWF befolgt wurde, wurde erst anfangs Februar 1994 unter Präsident Bill Clinton aufgehoben. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Vietnam erfolgte zwei Jahre später, im Juli 1995, ganze zwanzig Jahre nach Kriegsende. Schliesslich ernannte Präsident Clinton im Jahr 1997 den ehemaligen Kampfpiloten Pete Peterson, der sechs Jahre in vietnamesi-

scher Kriegsgefangenschaft verbracht hatte, zum ersten US amerikanischen Botschafter in der Sozialistischen Republik Vietnam.

Für Land und Leute ist der Krieg im Grunde genommen auch heute nicht zu Ende. Noch immer verstümmeln sich oder sterben Menschen, darunter auch viele Kinder, aufgrund von nicht explodierten Bomben. Schätzungen zufolge starben seit Kriegsende an die 40 000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder; 65 000 Menschen wurden verstümmelt. Auch die vom US Militär zwischen 1961 und 1971 über Südvietnam eingesetzten Entlaubungsmittel – Stichwort Agent Orange/Dioxin – hat unselige Spuren hinterlassen. Böden rund die «hot spots», ehemalige US Militärbasen, wo die flüssigen Chemikalien umgeladen und die Fässer verscharrt wurden, sind hochgradig verseucht; Missbildungen aufgrund von Dioxin bedingten genetischen Veränderungen sind mittlerweile bis in die dritte, vierte Generation zu beobachten.

Die Verteidigung der Souveränität

Die Ironie der Geschichte will es, dass sich die beiden ehemaligen militärischen und politischen Feinde rascher näher kommen, als das manche erwartet hätten. Beschleunigt wird dieser Annäherungsprozess – vor allem aber nicht nur – durch die hegemonalen Ansprüche Chinas im «Südchinesischen Meer». Dabei läuft Vietnam Gefahr, zwischen Hammer und Amboss zu geraten. Denn einerseits kann Vietnam seinen riesigen nördlichen Nachbarn, mit dem es historisch und politisch eng verbunden und von dem es ökonomisch stark abhängig ist, nicht ignorieren. Andererseits sind die Interessen der USA im asiatisch-pazifischen Raum keineswegs so uneigennützig wie sie vorgeben. Im Gegenteil. Ob es sich um die angebliche Sicherstellung der «Freiheit der Hohen See» in der Region und die damit einhergehende maritime Aufrüstung der kleineren Anrainerstaaten (inklusive Vietnams) handelt oder um die geheimen Verhandlungen über das

TPP Freihandelsabkommen (Trans-Pacific Partnership), bei dem China aussen vor gelassen wird, die Interessenlage ist klar: «Wir müssen alles daran setzen, dass Amerika die Regeln der globalen Wirtschaft schreibt, und wir sollten es jetzt tun, während unsere Wirtschaft in einer Position der globalen Stärke ist. Falls wir die Regeln des Handels rund um die Welt nicht (selber) schreiben, stellt Euch vor, dann wird es China tun. Und sie werden diese Regeln so schreiben, dass sie den chinesischen Arbeitern und chinesischen Unternehmen die Oberhand geben werden.»⁸ Entlarvender hätte Präsident Barack Obama die US-amerikanische Interessenlage nicht zum Ausdruck bringen können.

Zum Schluss eine Anekdote und Stoff zum Nachdenken. – Präsident Ho Chi Minh sei ein guter Seiltänzer gewesen, auf dem Seil, das zur Zeit des Kampfes für Freiheit und Unabhängigkeit zwischen Moskau und Peking gespannt gewesen sei. Heutzutage fehle dem Land ein solch guter Seiltänzer. – Mit diesem Bild brachte Huu Ngoc, der 1918 in Hanoi geborene Gelehrte und Intellektuelle, das aktuelle innen- und aussenpolitische Dilemma Vietnams auf den Punkt.

Anmerkungen:

¹Siehe u.a.: www.bbc.com/news/world-asia-32527645 oder <http://www.presstv.com/Detail/2015/04/30/408780/Vietnam-US-war-barbarous-war-crimes>

²www.presstv.com/Detail/2015/04/30/408780/Vietnam-US-war-barbarous-war-crimes

³Für entsprechende Bilder siehe: www.huffingtonpost.com/2015/04/30/vietnam-war-40-anniversary-parade_n_7180270.html

⁴In Anlehnung an den umstrittenen Dokumentarfilm «Last Days in Vietnam» von Rory Kennedy

⁵www.wbur.org/2015/05/22/vietnam-anniversary-series

⁶contraryperspective.com/2014/11/26/kicking-the-vietnam-syndrome/

⁷www.vietnamwar50th.com
⁸Barack Obama am 8. Mai 2015 in einer Rede vor der Belegschaft einer Nike Fabrik in Oregon. Siehe: www.lewrockwell.com/2015/05/john-v-walsh/the-emperor-beckons-us-to-the-graveyard/

Publikation der Vereinigung Schweiz-Vietnam

Vietnams Bauern

Vietnam begeht 2015 nicht nur den 40. Jahrestag des grossartigen Sieges seines Volkes im Krieg gegen die US-Aggression, sondern auch den 70. Jahrestag der Proklamation seiner Unabhängigkeit vom kolonialen Joch Frankreichs.



Diese beiden historischen Ereignisse haben mehrere Gemeinsamkeiten. Eine der gemeinsamen Grundlagen ist ohne Zweifel das ländliche Vietnam. Den Bauern Vietnams, die das Land seit Jahrhunderten durch alle Kriege und Krisen hindurch getragen und ernährt, die gekämpft haben und die meisten Kriegspfer erbrachten, deren Dörfer und Felder niederge-

brannt und mit Agent Orange vergiftet wurden, ihnen hat die Vereinigung Schweiz-Vietnam mit einem Hoa Binh-Spezial eine 100 Seiten starke Publikation gewidmet. Nicht als Heldenepos, sondern um ihre heutigen Probleme zu verstehen und wenn möglich einen bescheidenen Beitrag zur Diskussion zu leisten, die in Vietnam zur ländlichen Entwicklung geführt wird. Die Leserinnen und Leser erfahren dabei einiges über die zentrale Rolle der vietnamesischen Bauernschaft im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, aber auch der heutigen Alltag, das Leben dieser Mehrheit der Bevölkerung wird in vielfältigen Beiträgen anschaulich näher gebracht.

Die Sondernummer des Hoa Binh kann zum Preis von Fr. 12.– bei der Vereinigung Schweiz-Vietnam, Postfach 8164, 8036 Zürich oder per Mail info@vsv-asv.ch angefordert werden.

Studienreise nach Vietnam

Die Vereinigung Schweiz-Vietnam (VSV) organisiert im März 2016 eine 18-tägige Studienreise durch ganz Vietnam, von HoChiMinhVille bis Hanoi. Nähere Infos bei der VSV, Postfach 8164, 8036 Zürich, per Mail info@vsv-asv.ch oder per Telefon unter 044 462 20 03.

Margrit Schlosser ist Soziologin und war in der humanitären und Entwicklungs-Zusammenarbeit tätig, u.a. in Vietnam, wo sie insgesamt 19 Jahre gelebt und gearbeitet hat.

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!



Chocolats Frey hat der Schweizer Sektion von WILPF 1200 Tafeln Schokolade geschenkt. Gegen Spenden für ein Frauen-Flüchtlingsprojekt wurden diese am WILPF-Kongress in Den Haag verteilt. Gleichzeitig wurde damit auf die über 1200 indigenen Frauen aufmerksam gemacht, die in Kanada in den letzten 25 Jahren verschwunden, missbraucht und ermordet worden sind. Foto: H. Nyberg

900 Frauen aus aller Welt fordern in Den Haag:

«Die Waffen nieder!»

Unter der Losung: «Women's Power to stop War» haben 900 Frauen aller Kontinente vom 22. bis 29. April in Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen im «Friedenspalast» und im «Weltforum» Den Haags Vorträge gehört und über Programmen, Manifesten und Resolutionen gebrütet: Die Internationale Frauen-Friedensorganisation WILPF feierte ihr 100-jähriges Jubiläum. Ein Bericht von Irene Eckert (gekürzt, Untertitel UW).

Von Irene Eckert

An den Orten hoher Politik fanden sich in diesen Haager Frühlingstagen «Friedensstifterinnen» aller Couleuren zusammen. Frau wollte der unfriedlichen, von Krieg und Umweltkatastrophen heimgesuchten Welt von heute eine konstruktivere Politik entgegengesetzt sehen, eine, die nicht von den Interessen der Energie-, Waffen- und Finanzwirtschaft diktiert in den Abgrund führt.

Aus über 80 Ländern sind die Frauen – unter ihnen Vertreterinnen diverser NGOs, viele von ihnen Mütter und Grossmütter – der Geburtstagsfeier zum 100-jährigen Jubiläumskongress der Internationalen Frauenliga Für Frieden und Freiheit (WILPF) gefolgt, um ein Zeichen zu setzen für eine Welt ohne Krieg. Die in gut 30 Ländern aktive Frauen-Friedensorganisation möchte mit diesem Höhepunkt ihres Schaffens einen neuen Impuls setzen zur Stärkung der Frauenfriedenskräfte weltweit.

Hier im Haag knüpfen sie an das allgegenwärtige Erbe einer Bertha von Suttner an, die mit dem Roman «Die Waffen Nieder» schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen wichtigen Grundstein für Frauenfriedensarbeit gelegt hat. Ihre Büste steht im Friedenspalast an prominenter Stelle. Sie war es, die ihren ehemaligen Chef, Alfred Nobel, dessen Vermögen aus der Produktion von Explosivstoffen stammt, zur Stiftung des Friedensnobelpreises inspiriert hat.

Frauenpersönlichkeiten

Im «Vredespaleis» würdigte man am 26. April 2015 endlich auch das Werk der fast ebenso bedeutenden Kollegin Suttners, der ersten niederländischen Ärztin, Aletta Jacobs, die 1915 vor

Ort, mitten im kriegerischen Europa, einen impulsstarken Friedenskongress ausrichten half. Die Ligafrauen des Jahres 2015 können anknüpfen an das Erbe vieler Nobelpreisträgerinnen in ihren Reihen. Sie und viele andere gewichtige Frauenpersönlichkeiten sollten das Wirken der vier Jahre später aus dem Haager Kongress hervorgegangenen Frauenassoziation 100 Jahre lang prägen. Für die Amerikanerinnen sind das an erster Stelle die Sozialphilosophin Jane Addams und die Volkswirtin Emily Green Balch, aber auch Coretta King, Joan Baez, Joko Ono und noch viele andere. Für die Deutschen sind es Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann und Gertrud Baer, für die Ungarinnen Rosika Schwimmer, für die Schweizerinnen Clara Ragaz und für alle Frauen der Welt die heute in Genf lebende Deutsch-Kanadierin Edith Ballantyne.

Das Erbe wachhalten

Mit ihren gut 93 Jahren gab die ehemalige Präsidentin und derzeitige UN-Beraterin den versammelten Frauen noch einmal eine wichtige Botschaft auf den Weg: «Kümmert Euch um die ökonomischen Ursachen, die, heute wie damals, Kriege gebären. Sorgt für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, in der Profite aus den Waffenschmieden keinen Platz mehr haben. Haltet das Erbe wach und studiert vor allem die historischen Dokumente.»

Der Jubiläumseinladung waren vier Friedensnobelpreisträgerinnen gefolgt: Shirin Ebadi aus dem Iran, Leymah Gbowee aus Liberia, Mairead Maguire aus Irland, Jody Williams aus den USA. Mairead Maguire erinnerte an die UN- und die Nobelpreis-Charta und wiederholte für alle eindringlich die Botschaft der ersten Trägerin des

einst edlen Preises: «Die Waffen Nieder!! Frieden ist ein Menschenrecht – Erinnern wir die Welt an ihre moralischen und ethischen Massstäbe und fordern wir deren ungeteilte Einhaltung, fordern wir die Einhaltung des Völkerrechts.»

Amy Goodman vom unabhängigen US-TV-Kanal «Democracy Now» und ihre Kollegin, Sabine Schiffer vom Institut für Medienverantwortung aus Deutschland, betonten gemeinsam die Notwendigkeit unabhängiger Medien. Es müsse Medien geben, die couragierten, investigativen Journalismus zulassen, Medien, die sich insbesondere in Fragen von Krieg und Frieden den Tatsachen verpflichtet wissen.

Humanitäre Katastrophen

Schriftstellerinnen, Wissenschaftlerinnen und Kriegsdienstveteraninnen aus dem Nahen Osten, aus Palästina, Israel und aus den Vereinigten Staaten forderten mit Frauen aus allen Ecken der Welt einen von nuklearen und andern Massenvernichtungswaffen freien Nahen Osten. Hanan Awwad sprach von der Tapferkeit palästinensischer Frauen, von denen viele noch in israelischen Gefängnissen ausharren. Sie unterstrich die Beispielhaftigkeit, mit der das ganze palästinensische Volk weiter für ein einiges und demokratisches Palästina kämpft. Trotz jahrzehntelanger israelischer Besatzung, trotz illegaler Häuserzerstörungen, trotz fortgesetzter Enteignung palästinensischen Eigentums, trotz wiederkehrender kriegerischer Angriffe und trotz der Verweigerung elementarer Menschenrechte lieferten die Menschen Palästinas der Welt ein Beispiel an Würde. Es ist ein Beispiel, das der UN-Kommission für Menschenrechte mannigfach dokumentiert vorliegt. Die Dokumente müssten den Weg nach Den Haag ungehindert finden können. Alya Strauss aus Israel legte für «Machsom Watch» Zeugnis ab von deren Dokumentation fortgesetzter Menschenrechtsverletzungen an den israelischen «Checkpoints».

Die unhaltbare humanitäre Situation im Jemen, herbeigeführt durch den US-gestützten Bombenfeldzug seiner Nachbarländer und die totale Blockade, die über das Land seit Mitte März verhängt wurde, kam zur Anklage aus dem Munde einer Jemenitin, die dieser weitere offene Nahost-Krieg zum Flüchtlingsdasein verurteilt hat. Mit einer Dringlichkeitsentschliessung antworteten die Frauen auf die kürzlich erfolgte Eröffnung dieser neuen Kriegsfront. Sie verurteilen darin die Bombenangriffe ebenso wie die Blockade und fordern die Einstellung von Waffenlieferungen an sämtliche Kriegsparteien. WILPF-Frauen überbrachten die Resolution persönlich den betreffenden Botschaften in Den Haag.

Drohnenkrieg und Killerroboter

Die Destabilisierungsversuche gegen den Jemen wurden in einen grösseren geopolitischen Kontext gestellt. So wurde gleichermassen die Beilegung aller derzeitigen bewaffneten Konflikte auf dem Wege von Verhandlungen gefordert. Dem Söldner- und Terrorunwesen müsse durch Austrocknung seiner Finanzierungsquellen Einhalt geboten werden. Auf

einschlägige UN-Resolutionen wurde Bezug genommen. Geheime Absprachen zwischen dem UN-Generalsekretär und dem aggressiven Militärbündnis NATO wurden verurteilt. Insbesondere wurde positiv das Zustandekommen des Minsker Abkommens (II) gewürdigt und gefordert, es vollumfänglich einzuhalten.

Abrüstungsexpertinnen sprachen sich entschieden gegen den Drohnenkrieg aus. Ohne ausländische Militärbasen sei solche Art der Kriegführung nicht möglich. Ausländische Militärbasen sind ein Relikt des Kalten Krieges, sie gehören geschlossen. Ein neuer Impuls für eine weltweite Bewegung zu deren Schliessung könnte von der neugewählten japanischen Präsidentin der WILPF, Kozue Akibayashi ausgehen, die Erfahrungen aus Okinawa und Lateinamerika mitbringt.

Entschiedene Stimmen gegen die Entwicklung von Killer-Robotern kamen zum Ausdruck. Konsens war, dass «tödliche» Angriffswaffen nicht in Konfliktgebiete geliefert werden dürfen. Der Schutz der Umwelt, die besonders unter der Entwicklung und dem Einsatz verheerender Militärpotentiale leide – man erwähnte etwa die DU-Munition – müsse absolute Priorität geniessen. Gelder seien daher unzuwidmen aus den Militärbudgets und für soziale und umweltpolitische Belange, sowie für die Sicherung von Infrastruktur bereitzustellen. Die Städte müsse man füttern und nicht das Pentagon, erinnerten sich Frauen an eine in den USA entwickelte Kampagne.

Keine Frauen in den Militärapparat

Es war eine US-amerikanische Kriegsveteranin, die im Workshop «Frauen-Engagement im Sicherheitsapparat» deutlich wurde: «Frauen ins Militär», das ist keine Antwort auf die Sicherheitsfrage. Man müsse im Übrigen begrifflich unterscheiden zwischen Militär- und Polizeiappa-



rat. Es ginge nicht darum, die immer kriegerischere Ausstattung der Polizei zu verharmlosen, vielmehr gelte es, Polizeiaufgaben und Verteidigungsbefehle auseinanderzuhalten.

Die Sicherheitsfrage militärpolitisch zu definieren sei im Grundansatz schon fragwürdig, meinten andere Rednerinnen und nahmen kritisch Bezug auf eine kostenlos verteilte Hochglanzbroschüre mit dem Titel «A Women's Guide to Security Sector Reform» von Megan Bastick und Tobie Whitman. Es handelt sich bei der viel beschworenen SSR um ein von EU/NATO und Weltbank gestütztes Projekt, das Frauen gerne in den Militärapparat integriert sehen will.

Der Sechstage-Kongress-Konferenz-Marathon bot ein weites Feld an Problemstellungen und Aufgaben, die im Sinne einer Friedenskultur zu bearbeiten sind. Lösungen wurden angedacht. Die Hausaufgaben müssen die Frauen in ernsthafter Kleinarbeit auf kommunaler, regionaler, nationaler Ebene leisten.

Und das Ergebnis: Wertvolle Begegnungen, wichtige Gespräche, gegenseitige Ermutigung und die Hoffnung auf den Ausbau eines Frauen-Netzwerkes, das einer friedlichen Welt und einer bewohnbar bleibenden Erde zuarbeitet.

Eine friedliche Welt ist möglich

Plakat-Wettbewerb

Die Kubanische Bewegung für Frieden und die Souveränität der Völker (Movpaz) organisiert im Rahmen des 4. Internationalen Seminars gegen ausländische Militärstützpunkte vom November 2015 in Guantánamo gemeinsam mit der Kubanischen Vereinigung der Sozialkommunikatoren (ACSS) einen Plakat-Wettbewerb «Eine Welt des Friedens ist immer möglich». Der Wettbewerb ist offen, teilnehmen können Gestalterinnen und Gestalter aus aller Welt.

Als mögliche Themen werden aufgeführt: Regionale Konflikte und die Bedrohung des Weltfriedens; Nuklearkrieg und die Gefahr der Vernichtung der Menschheit; Militärausgaben und die Bekämpfung des Hungers; Krieg und Umwelterstörung; Krieg und die Vernichtung des Weltkulturerbes; Ausländische Militärstützpunkte und damit zusammenhängende Konflikte, Bedrohungen und Verluste von Souveränität; Guantánamo als auferzwungene Militärbasis und Folterzen-

trum der USA; Neoliberalismus, soziale Konflikte und die Bedrohung des Friedens; Erdöl und Krieg; Die Kontrolle über die Trinkwasserreserven als mögliche Bedrohung des Friedens im 21. Jahrhundert.

Pro Person können mehrere Werke eingereicht werden. Die Plakate müssen bis am **30. Juli 2015** im JPEG-Format, in einer Grösse von 50x70 cm und einer Auflösung von 150 dpi an folgender Adresse eintreffen: movpaz@enet.cu, mit dem Vermerk Poster Contest «A World of Peace is Always Possible». Die Werke müssen mit dem vollen Namen, der Nationalität und der Adresse der AutorInnen gekennzeichnet sein. Falls die Werke Titel tragen, so müssen diese auf Spanisch übersetzt werden.

Sämtliche Werke werden in Guantánamo ausgestellt und drei davon durch eine Jury prämiert. Alle Teilnehmenden erhalten eine durch den WFR, das Movpaz und die ACSS unterzeichnete persönliche Urkunde.